Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł., in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Pol. u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł., mit illustr. Beilage 0,40 zł. **Anzeigen:** im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 13,5 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 60 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" — „Die Welt der Frau" — Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

67. Jahrgang — Donnerstag, den 22. November 1928 — Nr. 269

Vom Regierungsblock.

Warschau, 21. November. (Eig. Telegramm.)

Der Regierungsblock hat einen Zuwachs erhalten. Der Abg. Zaczek, der von der Piastenpartei gewählt worden war und infolgedessen auch der Piastenpartei angehört, hat Aufnahme im Regierungsblock gefunden. Herr Zaczek ist früher Direktor im Finanzministerium gewesen, hat aber dann diese Stellung aufgeben müssen, als statt Witos, Marschall Piłsudski die Regierung an sich riß und die sogenannte Sanierungsregierung ihre Tätigkeit begann. Nach wenigen Monaten wurde Zaczek in den Ruhestand versetzt. Vielleicht wird Herr Zaczek nun, wo er in die Arme der Anhänger der jetzigen Regierung geflüchtet ist, wiederum ein wichtiges Amt bekleiden können.

Die Mitglieder des Regierungsblocks waren gestern zum Frühstück beim Ministerpräsidenten Bartel geladen.

Gefährliche Schützen.

Ein angeschossener Adler. — Die Mordkommission.

Die „Polonia" schreibt: „Am vergangenen Sonntag kurz vor Mitternacht war das Etablissement Kessel der Schauplatz einer unerhörten Provokation, die sich einige Jugendliche in der am Tanzlokal angrenzenden Schießbude zuschulden kommen ließen. Einige im Saal befindliche Offiziere erfuhren, daß in den polnischen Adler geschossen worden sei. Sie begaben sich sofort zur Schießhalle und stellten dort fest, daß drei Schüsse auf den polnischen Adler abgegeben worden waren. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt. Der Besitzer des Restaurants, Herr Grundmann, trägt keine Schuld, dagegen der Verwalter der Schießbude, Herr Heidenreich, der auf die Provokation nicht reagierte und daher zusammen mit den Tätern bestraft werden müßte. Als diese Nachricht im Restaurant bekannt wurde, verließen alle polnischen Gäste das Lokal."

Diese Nachricht ist, wie die „Kattowitzer Zeitung" schreibt, derart entstellt, daß sie nicht unberichtigt bleiben kann. Zunächst der tatsächliche Sachverhalt:

Am Sonntag kurz vor Mitternacht bemerkten einige polnische Offiziere in der Schießbude den Bolzen aus einem Luftgewehr in einem der mehreren zwischen den vielen Schießscheiben aus Anlaß des Unabhängigkeitsfestes zur Dekoration angebrachten kleinen Bilder mit dem polnischen Wappen. Sofort wurde die Polizei alarmiert und der durchschossene Adler mit dem Bolzen beschlagnahmt. Ein Offizier bestieg darauf das Podium und sagte: „In diesem Lokal ist auf den polnischen Adler geschossen worden. Wer sich polnisch fühlt, verläßt sofort mit uns dieses Lokal!" Tatsächlich ging darauf eine große Anzahl der Gäste fort. Am gestrigen Montag vormittag erschien am „Tatort" die Mordkommission. Ein von der Polizei mitgebrachter Photograph mußte einige Großaufnahmen von der betreffenden Stelle machen. Dann wurden an den verschiedensten Amtsstellen in langwierigen Verhandlungen Protokolle abgefaßt. In diesen Protokollen ist der Name des staatsfeindlichen Luftgewehrschützen nicht genannt und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er nicht bekannt ist. Es kann nämlich sein, daß der Bolzen schon mehrere Tage in dem Bildchen steckte, ohne daß es bemerkt wurde. Wie wir uns gestern an Ort und Stelle überzeugten, waren Einschläge bei den vielen Hunderten von den dort abgegebenen Schüssen an allen Stellen der Schießbude, sogar an der Decke, zu finden. Zahlreiche am Sonntag abend im Lokal befindlichen polnischen Gäste faßten die Sache so auf, wie sie in Wirklichkeit ist, nämlich harmlos. Von keinem einzigen der anwesenden Polen wurde behauptet, daß der Bolzen etwa mit Absicht in das polnische Wappen geschossen sei. Der Sohn eines der angesehensten polnischen Kaufleute von Kattowitz gab sogar zu Protokoll, daß ihm selbst vor zwei Tagen das Mißgeschick widerfahren sei, in einen neben den Scheiben befindlichen Adler zu treffen.

Die Angelegenheit als „Provokation" aufzufassen, liegt durchaus keine Veranlassung vor. Gerade Kessel's Etablissement war bei der sehr reichlichen Ausschmückung der Räumlichkeiten anläßlich der zehnjährigen Unabhängigkeitsfeier dem Empfinden der polnischen Nation ganz besonders entgegengekommen. Wenn die polnischen Hoheitsabzeichen sogar in der Schießbude zwischen den einzelnen Scheiben angebracht wurden, mußte damit gerechnet werden, daß ein Schütze in wahrscheinlich animierter Stimmung das Unglück haben konnte, neben die Scheibe zu treffen, wobei er sicherlich nicht den Wunsch gehabt hat, etwa den polnischen Adler absichtlich zu treffen. Wozu die Mordkommission und die Polizei in einer derartigen Angelegenheit bemüht werden, wissen wir nicht.

Ein französisches Pulvermagazin explodiert.

Die Munitionskammern des Forts Vincennes in die Luft geflogen.

Paris, 21. November.

Das auf dem Fort von Vincennes gelegene Pulvermagazin ist gestern nachmittag in die Luft geflogen. Einzelheiten fehlen noch. Bisher wurden zwölf Soldaten als Leichen geborgen.

Vincennes, 21. November. In der hiesigen Munitionsfabrik erfolgte gestern eine furchtbare Explosion. Die Mehrzahl der Arbeiter — über 1000 — hatte bereits die Fabrik verlassen, so daß nur 4 Personen getötet und 4 weitere verletzt sein sollen. Die Fabrik hatte eben eine Munitionsladung erhalten, und 4 Arbeiter waren damit beschäftigt, die Kisten in die Lagerräume zu tragen, als eine furchtbare Detonation die Fabriklager und eine Reihe der benachbarten Gebäude in Trümmer legte. Vertreter der Behörden mit dem Premier Poincaré begaben sich sofort nach der Unglücksstätte, um entsprechende Maßnahmen zu treffen. Nach anderen Meldungen sind bisher 12 Tote und eine größere Anzahl von Verwundeten festgestellt worden. Die Rettungsaktion dauert an. In der Deputiertenkammer machte die Nachricht von der Explosion einen niederschmetternden Eindruck.

Um das Bromberger Schicksal.

Die Anträge im Sejm.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 21. November.

Die gestrige Sejmsitzung hatte im großen ganzen keine besondere Bedeutung. Der einzige Vorgang, der bestimmte Bedeutung hat, liegt in dem Vorschlag, den der Wyzwolenieabgeordnete Langner machte, die Stadt Bromberg von der Posener Wojewodschaft abzutrennen und der Pommereller Wojewodschaft zuzuteilen. Zur Begründung wurde gesagt, daß Pommerellen zu den kleinsten Wojewodschaften in Polen gehört. Sie weise kaum eine Oberfläche von 16 000 Quadratkilometern auf mit noch nicht einmal 1 Million Einwohnern, während die Wojewodschaften Kielce und Lemberg 3 Millionen Einwohner haben. Diese geringe Oberfläche und Bevölkerungsziffer Pommerellens stehe seiner finanziellen und kulturellen Entwicklung entgegen. So soll Bromberg mit den Bezirken Wirsitz und Schubin Pommerellen einverleibt werden, und es wird sogar für nötig erklärt, drei Bezirke der Wojewodschaft Warschau abzutrennen und sie Pommerellen zuzufügen.

Allein der Piastenabgeordnete Michalkiewicz trat als Gegner dieser Pläne auf, aber eigentlich nur aus formellen Gründen. Die Entschließung wurde mit erdrückender Mehrheit angenommen. Der weitere Verlauf der Verhandlungen war **einer scharfen Kritik über die Tätigkeit der Agrarbank** gewidmet. Man warf ihr vor, daß sie zur Verschuldung der kleinen Landwirte beigetragen habe, und daß sie bei der Parzellierungstätigkeit die Preise in die Höhe treibe. Der Ackerbaumeister Staniewicz antwortete mit einer längeren Rede, in der er ausführte, wenn die Bank Rolny die Aufteilung von 80—90 Prozent aller Ländereien, die zur Privataufteilung gemeldet seien, vornehmen solle, dann müsse sie auch die Mittel dazu haben und vor allen Dingen die verwaltungstechnischen Einrichtungen. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die Steigerung der Preise gänzlich von der Kreditgewährung abhänge. Diese Kreditgewährung sei in großem Umfange erfolgt. Am 1. Oktober seien 38 000 Darlehen in Höhe von 186 Millionen Złoty erteilt gewesen. **Die Bank Rolny ist nicht in der Lage, die Parzellierung von 200 000 Hektar vorzunehmen und muß sich auf 20 000 Hektar beschränken,** aber sie habe es vorgezogen, statt die Parzellierung in die Hände von zahlreichen kleineren und unzuverlässigen Institutionen zu legen, mit den größten Institutionen zusammenzuarbeiten, namentlich mit der Ländereibank und der Länderei-Kreditgenossenschaft. Die Rede des Agrarreformministers wurde von den wenigen Abgeordneten mit großer Aufmerksamkeit angehört. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Münzreform?

Warschau, 21. November. (Eig. Telegr.)

Durch die Blätter geht wieder einmal die Nachricht, daß der Finanzminister die Münzreform durchführen will. Es handelt sich um folgendes: Mit der Aufnahme der Stabilisierungsanleihe war auf Anraten des Herrn Devey aus beschlossen worden, eine Münzreform in der Weise durchzuführen, daß die aus 30 Prozent Silber bestehenden Ein- und Zweizłotystücke aus dem Verkehr gezogen und durch Stücke mit 75 Prozent Silbergehalt ersetzt würden, daß ferner die 5-Złoty-Kassenscheine ebenfalls aus dem Verkehr gezogen und durch Silber-5-Złoty-Stücke mit gleichfalls 75 Prozent Feingehalt ersetzt würden. Um diesen Plan verwirklichen zu können, seien 90 Millionen Złoty in die Bilanz der Bank Polski eingestellt, aber die Durchführung ist bisher noch nicht in Angriff genommen worden, da der Finanzminister die Lage auf dem Silbermarkt für ungünstig hält. Es wird also nach wie vor von der Konjunktur abhängen, ob der Finanzminister die Münzreform durchführt oder nicht.

Seit einiger Zeit geht durch die polnische Presse die Mitteilung, der von den internationalen Kreditbanken gewährte Kredit in Höhe von 20 Millionen Dollar sei bereits auf die Dauer eines Jahres verlängert worden. Der Kredit wurde fast gleichzeitig mit der Stabilisierungsanleihe von einer Reihe von Auslandsbanken, darunter auch der Deutschen Reichsbank, der Bank Polski als Reserve zum Schutze des Złoty zur Verfügung gestellt. Bisher ist die Verlängerung des bis zum 13. 10. 1928 gewährten Kredites in Höhe von 20 Millionen erst von den Amerikanern und zwar nur bezüglich ihres Anteils von 5 250 000 Dollar für ein Jahr erteilt worden. Es ist jedoch nicht daran zu zweifeln, daß auch die anderen Länder dem Beispiel der Vereinigten Staaten in kurzer Zeit folgen werden. **Bisher ist dies aber noch nicht geschehen.** Uebrigens hat die ganze Angelegenheit kaum eine überwiegende Bedeutung, da die Bank Polski diesen Reservekredit bisher in keiner Weise in Anspruch genommen hat.

Sir Eric Drummond in Warschau.

Die Bedeutung des Besuchs. — Vom Regierungsblock.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 21. November. Gestern abend um 9 Uhr ist der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond in Begleitung seiner Frau, sowie des Sekretärs der politischen Sektion des Völkerbundes, des Japaners Sugimura, und des Chefs der hygienischen Sektion des Völkerbundes, Dr. Rajchmann, hier eingetroffen. Am Bahnhof wurden sie begrüßt durch den Chef des diplomatischen Protokolls, Graf Romer, und den Delegierten Polens beim Völkerbund, Minister Sokal. Die polnische Presse widmet der Ankunft des Eric Drummond große Beachtung. Vor allen Dingen wird darauf hingewiesen, in welch veränderter Rolle Polen gegenwärtig im Völkerbund dastehe. Früher sei Polen vor allen Dingen Klient des Völkerbundes gewesen, der alle möglichen Streitfälle habe entscheiden lassen müssen. Gegenwärtig habe Polen selbst einen Sitz im Völkerbunde. Seine Stellung sei also jetzt eine weit gehobenere und wichtigere. Hieraus ergäbe sich auch die innige Anteilnahme Polens an den Völkerbundsarbeiten. Die halbamtliche „Epoka" ist es besonders, die in diesem Sinne schreibt und hervorhebt, daß der Besuch Drummonds gerade in die Zeit fällt, da Polen sein zehnjähriges Bestehen feiert.

Estland — Lettland — Litauen.

Von Axel Schmidt.

Kleinstaaten vermeiden es mit Recht in die große Politik hineingezogen zu werden. Von ihnen wird meistenteils nur gesprochen, wenn sie, wie Litauen, durch Besetzung eines Teiles ihres Gebietes gezwungen sind, zu protestieren, oder wenn Kabinetts- oder schwere innerpolitische Krisen eintreten. Augenblicklich befinden sich alle drei der oben genannten Länder in inner- und außenpolitischen Schwierigkeiten, so daß ihre Namen wieder in der europäischen Presse auftauchen.

Estland.

In Estland regierte eine Koalition, die alle Parteien außer den Sozialisten, den Kommunisten und den Minderheiten umfaßte. Jetzt ist sie am Gegensatz zwischen dem alt eingesessenen Großbauerntum und den sogn. Ansiedlern (Kleinbauern, die auf dem Grund und Boden des früheren deutschen Großgrundbesitzes angesetzt sind) zerbrochen. Erst seit den letzten Wahlen, in denen sie ihre Mandate fast verdoppeln konnte, spielt die Ansiedlerpartei im Parlament eine größere Rolle. Es wäre dankbar, durch nak[illegible] Bindung zweier kleiner bürgerlicher Splitterparteien eine Koalition von 51 gegen 49 Stimmen zustande zubringen. A[illegible] eine so geringe Majorität dürfte kaum genügen, um als Fundament für ein Kabinett zu dienen.

War auch Estland der erste Staat, der seinen Minderheiten eine Autonomie gewährte, so schreckte Estland bisher dennoch vor der Heranziehung der Minderheiten (Deutsche und Russen) zu einer Koalitionsbildung zurück. Wie aber ohne die Minderheiten eine sichere Regierung hergestellt werden kann, ist nicht ersichtlich, da auch eine linke Kombination nur über 51 Stimmen verfügen würde. Diese Kabinettskrise, die überraschend eintrat, kam um so unzeitgemäßer, als auch Estland vor dem zehnjährigen Jahrestage der Begründung seiner Selbständigkeit steht.

Lettland.

Auch in Lettland befindet sich das Kabinett, das ebenso aus Rechten und Zentrumsparteien besteht, in Demission. Nicht aber weil es im Parlament eine Niederlage erlitt, sondern weil der Landtag neu gewählt ist. Das Angebot des Staatspräsidenten an die größte Partei, die linken Sozialisten, das Kabinett zu bilden, ist gescheitert. Da bei den letzten Wahlen den linken Sozialdemokraten in den Kommunisten eine Opposition entstanden, an die sie 5 Mandate verloren, befürchteten sie, durch Konzessionen an das bürgerliche Zentrum, noch weitere Wählermassen an die Kommunisten abgeben zu müssen.

Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die bisherige Koalition, der auch die Deutschen angehören, am Ruder bleiben wird. Nicht ausgeschlossen ist es freilich, daß das Kabinett einige personelle Aenderungen aufweisen wird. In Lettland spielen die Minderheiten (Deutsche, Juden, Russen und Polen, insgesamt 19 Mandate, davon 6 Deutsche) naturgemäß eine größere Rolle als in Estland, wo es nur 5 Minderheiten-Vertreter gibt. Im bisherigen Kabinett saß sogar ein Deutscher als Justizminister. Der anfängliche Versuch, sie geschlossen einzusetzen, erwies sich freilich auf die Dauer als nicht durchführbar. Unter den Russen und Juden gibt es innerhalb ihrer Fraktion zu große Gegensätze, so daß ein Teil von ihnen mit der

lettischen Linken, der andere mit der lettischen Rechten zu gehen pflegt. Die Deutschen stimmten bisher, bis auf einen Fall, geschlossen.

Litauen.

Von Litauen ist in der europäischen Presse am häufigsten die Rede. Außenpolitisch handelt es sich um den Wilna-Konflikt. Nach dem Scheitern der direkten Verhandlungen in Königsberg dürfte er wieder die Ratsversammlung in Genf beschäftigen. Innerpolitisch ist die Diktatur von Woldemaras, der sich nur auf die Großbauern stützen kann, noch heftig umstritten. Da das Parlament seit dem Staatsstreich nicht mehr einberufen wird, und die äußerliche Ruhe und Ordnung durch scharfe Zensur und Verhängung des Kriegszustandes aufrecht erhalten wird, ist es für den Außenstehenden schwer zu beurteilen, wie fest sich das neue Regime eingewurzelt hat. Bei der rechten Opposition (Christl. Demokraten) machen sich Anzeichen von Abbröckelungen bemerkbar. Ob diese groß genug sind, um Woldemaras zu veranlassen, wie er mehrfach in Aussicht stellte, das Parlament wieder einzuberufen, bleibt doch fraglich.

Ueberraschend unfreundlich wird von der litauischen Presse der Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland aufgenommen. Da die Beziehungen zu Polen so gespannt sind, daß der direkte Handel zwischen beiden Staaten völlig stockt, was besonders das Memelgebiet, das auf die Holzflößung aus dem Wilnagebiet angewiesen ist, zu fühlen bekommt, hätte man annehmen können, daß jede Erleichterung der Handelsbeziehungen zu anderen Staaten freudig begrüßt würde. Weit gefehlt. In der litauischen Presse herrscht die Angst vor, daß für Litauen durch die gegenseitige Einräumung der Meistbegünstigung und des freien Niederlassungsrechts die Gefahr einer Ueberfremdung besteht — eine Angst, die grundlos ist.

Diese jungen Staaten aber sind mehr oder weniger noch vom nationalistischen Ueberschwang beseelt, der nicht einsehen will, daß Handel nur auf Gegenseitigkeit beruhen kann.

Der Posener Lembergprotest.

Mietlinge.

Posen, 20. November. In einer Protestversammlung, die im Collegium Medicum veranstaltet wurde, ist nach einer Rede des Professors Stefan Dąbrowski über die Lemberger Vorfälle eine Entschließung angenommen worden, in der die Aufhebung der ukrainischen Vereinigungen „Sokil" und „Luh" verlangt wird. Ferner gelobt darin die Posener Jugend, in der Hauptsache Studenten, den Lembergern im Falle einer Gefahr stets zu Hilfe zu kommen. Selbstverständlich ist in der Entschließung von „Mietlingen Berlins und Moskaus" die Rede.

Schweres Flugzeugunglück in Polen

Warschau, 21. November. (R.) Der gestern hier herrschende dichte Nebel verursachte mehrere Flugzeugunglücke. Ein polnisches Militärflugzeug flog beim Landen mit ganzer Kraft in das Gebäude eines Forts. Der Apparat wurde zertrümmert, der Führer war auf der Stelle tot, der Beobachter wurde sehr schwer verletzt. Einige andere Armeeflugzeuge erlitten größere oder kleinere Unfälle beim Landen, ohne daß Personen verletzt wurden.

Eröffnung der deutschen Sektion der sowjetistisch-westlichen Handelskammer.

Moskau, 21. November. (R.) Gestern fand im Beisein der Mitglieder der sowjetrussischen Außenhandelsstellen, sowie der Vertreter der deutschen Botschaft in Moskau die Eröffnung der deutschen Sektion der sowjetistisch-westlichen Handelskammer statt. Zahlreiche Vertreter des sowjetrussischen Wirtschaftslebens und der russisch-deutschen gemischten Gesellschaften nahmen an der Veranstaltung teil. Der Vorsitzende des Rates der Handelskammer, Tschintschuk, betonte in einer Ansprache, die deutsche Sektion sei die erste der ausländischen europäischen Sektionen der Handelskammer. Die deutsche Ausfuhr nach der Sowjetunion sei von 175 Millionen Rubel im Jahre 1926/27 auf 242 Millionen Rubel im verflossenen Jahre gestiegen. Die Industrialisierung der Sowjetunion werde den deutschen Export ständig weiter erhöhen. Er sprach darauf sein Bedauern über die Angriffe aus, die gegen das sowjetistische Handelsmonopol gerichtet würden. Tschintschuk betonte, die deutsche Sektion der Handelskammer werde auf beiden Seiten die Kenntnis und das gründliche Erfassen der Formen des Systems des Handels zwischen beiden Ländern fördern und dadurch zu einer Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern in konkreter Weise beitragen.

Nach einer Antwortrede des Direktors der Mühlen, Igerutzko, wählte die Versammlung einen Vorstand aus Vertretern der größten sowjetistischen Wirtschaftsorganisationen, deutscher Firmen und sowjet-deutschen gemischter Gesellschaften.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag.

Aufmarsch der Parteiredner. — Kein Mißtrauensvotum für Dr. Stresemann.

In der Debatte über die Rede von Dr. Stresemann, ergriff zunächst der Führer der Deutschnationalen Volkspartei

Graf Westarp

das Wort und führte u. a. aus:

„Die Reparationsverhandlungen haben nur dann Zweck, wenn ein freiwilliges Sachverständigengutachten herbeigeführt wird. Ferner sollte Deutschland seine Verhandlungsbereitschaft zurückziehen, wenn sich Amerika nicht mitbeteiligen sollte.

Politisch muß Deutschland von vornherein eine Verquickung der Reparationsschuld mit den amerikanischen Schuldforderungen an die Kriegsverbündeten ablehnen.

Das Wort „Leistungsfähigkeit" darf nicht zu dem irrtümlichen Glauben führen, als müsse Deutschland alles aufbringen, was aus der deutschen Wirtschaft herausgepreßt werden kann ohne Rücksicht auf die Größe der Not. Die jetzt von Frankreich und England erhobenen Forderungen gehen in geradezu phantastischer Weise über jede Fähigkeit Deutschlands, die Zahlungen aufzubringen hinaus. Den Sachverständigen muß klargemacht werden, daß der Eindruck, als lebe Deutschland in wirtschaftlicher Blüte und als habe sich das Dawesabkommen bisher durchführen lassen, ein trügerischer Schein ist.

Der Redner kennzeichnete die Wirtschaftslage sehr pessimistisch. Der letzte und am schwersten Leidtragende sei der deutsche Arbeiter. Die Probe mit dem Dawes-Abkommen habe überhaupt noch nicht begonnen. Hierüber bemerkte der Redner:

Wir haben nicht aus unseren Ueberschüssen transferiert, sondern aus unseren Auslandsanleihen. Wird die wahre Lage in den kommenden Verhandlungen nicht ausreichend berücksichtigt, so wird sie sich mit unerbittlicher Härte rächen. Der Zeitpunkt, zu dem die deutschen Anleihemöglichkeiten erschöpft sein werden, ist abzusehen. Dann hört entweder Transfer oder Dawes-Abkommen sofort auf oder vorher bricht die deutsche Währung zusammen.

Die Empörung und Verzweiflung des deutschen Volkes würde sich vielleicht zunächst im Innern austoben. Dann wird aber auch von den überspannten Reparationsforderungen nichts mehr erfüllt und statt eines Dammes gegen die bolschewistische Weltrevolution wird ein Brandherd inmitten Europas entstehen.

Deshalb müssen die Pläne abgelehnt werden, die sich auf die sogenannte Kommerzialisierung beziehen. Die Aufnahmefähigkeit aller Märkte wird nicht ausreichen, um die deutsche Reparationsschuld in der geforderten phantastischen Höhe in Form von Obligationen im Privatbesitz unterzubringen. Die Preisgabe des Transferschutzes ist nicht denkbar. Reparationsschuld ohne Transferschutz würde der Gewaltpolitik Frankreichs einmal den Vorwand liefern können zu Sanktionen und dazu, das Rheinland weiter als Pfand in der Hand zu behalten.

Wir erwarten also aus den jetzt eingeleiteten Verhandlungen ein für Deutschland annehmbares Ergebnis nicht. Wenn es aber, wie wir bestimmt befürchten, zu unmöglichen Forderungen kommt, so erwarten wir zum erstenmal ein deutsches Nein. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Zum Schluß forderte Graf Westarp, daß der Widerruf der Kriegsschuldlüge an die Spitze der bevorstehenden Reparationsverhandlungen gestellt werden möge. Der herrschenden Sozialdemokratie, der Partei des internationalen Pazifismus, rief er die Mahnung des Großen Kurfürsten zu: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!" (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Für das Zentrum sprach

Dr. Kaas.

Er begann mit einer Betrachtung über die verschiedene Art der Opposition. Gegenüber den starken Tönen der Panzerkreuzersonate, die vor wenigen Tagen von der stärksten Regierungspartei gekommen seien, habe man die Rede des Grafen Westarp außerordentlich maßvoll gefunden, vor allem maßvoll in den politischen Vorschlägen. Kaas fuhr fort:

Gerade gegenwärtig die unleugbaren Mißerfolge und das Stagnieren der deutschen Außenpolitik zu irgendwelchen Erfolgen umdeuten zu wollen, ist nicht möglich. Aber gerade in dem Augenblick, wo wir einen neuen Anlauf zur konstruktiven und positiven Gestaltung der Dinge nehmen, scheint mir das erste Erfordernis, eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Wahrheit zu sein. Der Sinn der gegenwärtigen außenpolitischen Debatte ist der, die Autorität der deutschen Reichsregierung, die in den kommenden Wochen und Monaten vielleicht den schwersten Gang seit den Friedens- und den Dawesverhandlungen anzutreten hat, so zu stärken, daß die Voraussetzungen für einen achtbaren Erfolg gegeben werden.

Als der Redner von Versuchen sprach, das Zentrum in einen gewissen Gegensatz zu Dr. Stresemann zu manövrieren, ertönten Zwischenrufe links: „Das hat in Ihren Zeitungen gestanden!" Der Redner erwiderte: Wir identifizieren uns wahrhaftig nicht mit diesen Ausführungen (Hört, hört) und ich persönlich spreche mein Bedauern darüber aus, daß durch diese Ausführungen der Eindruck entstehen konnte, als ob wir in dem Augenblick, wo der Reichsaußenminister zum ersten Male wieder in erfreulicher Gesundheit und Frische an das Steuerrad tritt irgendwie die Frage seiner Vertretung oder eine andere Personalfrage in ein akutes Stadium rücken wollten.

Zur

Minderheitsfrage

gab Dr. Kaas dem Außenminister den Rat, bei kommenden Verhandlungen, die sich auf die deutschen Minderheitsrechte bezögen, namentlich auf die Behandlung der Deutschen in Polen nicht weiter nachzugeben; das würde sonst eine Kompromittierung und eine Preisgabe des Rechtes deutscher Minderheiten bedeuten.

Bei den Reparationsverhandlungen werde entscheidend sein, daß die deutsche Regierung wisse, nach welchen Methoden sie vorzugehen habe. Dr. Kaas erklärte:

Die deutsche Regierung muß in die Verhandlungen mit der festen Absicht hineingehen, ihre Unterschrift unter ein Definitivum nicht zu setzen, wenn sie es nicht vom wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt aus vertreten kann. Wenn ein andersgeartetes endgültiges Abkommen getroffen würde, so könnten die politischen und wirtschaftlichen Folgen geradezu unübersehbar sein. (Zustimmung im Zentrum.) An dem Leistungswillen des deutschen Volkes kann auf Grund der Vergangenheit kein Zweifel sein, aber es kommt auf die Grenze der Leistungsmöglichkeit und der Hungerfähigkeit des deutschen Volkes an.

Wenn von französischer Seite versucht wird, erklärte Prälat Kaas, noch über den letzten Besatzungstermin von 1925 hinaus eine Kontrolle einzurichten, obwohl dieser Termin die deutsche Souveränität am Rhein im Rahmen des Versailler Vertrages restlos wiederbringen muß, so kann ich dieser Forderung im Namen meiner Freunde nur ein energisches und definitives Nein entgegensetzen. (Beifall im Zentrum.) In der friedlichen und harmlosen Etikettierung von Kontrollinstitutionen ist die französische Diplomatie immer Meister gewesen.

Der Redner besprach dann das Problem der entmilitarisierten Zone, die man keineswegs als Friedensmittel betrachten dürfe, sondern viel eher als ein Kriegsinstrument, um die Angriffschancen gegen Deutschland zu vergrößern. (Zustimmung.)

Wenn man die Einschränkung der deutschen Verteidigungsmöglichkeiten mit den

Rüstungen der Gegenseite

vergleiche, vor allem unter dem Gesichtspunkt der neuen Vereinbarungen zwischen England und Frankreich, so müsse man der Feststellung Lloyd Georges beistimmen, daß auf französischer Seite heute ein Heer an der Grenze stehe, doppelt so stark wie das deutsche im Weltkriege.

Zum Schluß betonte Dr. Kaas, daß er einen Anlaß zu einem außenpolitischen Frontwechsel einstweilen noch nicht sehen könne. Die Dynamik des deutschen Auftretens müsse sich unter Umständen ändern, aber eine Abwendung von der bisher befolgten Politik bezeichnete er als verhängnisvollen Fehler. In die bevorstehenden Verhandlungen müsse man hineingehen mit dem Gefühl: „Lieber ein ehrliches Nein, als ein falsches Ja!" (Beifall.)

Der Demokrat

Dr. Dernburg

verteidigte die Locarno-Politik unter Hinweis darauf, daß die Sicherheitsfrage auf diese Weise ausgeschaltet und eine Bereinigung der beiden Hauptstreitpunkte (Räumung und Reparation) ermöglicht worden sei. Auch dieser Redner sprach sich gegen eine Ausweitung der Kontrollbestimmungen des Versailler Vertrages aus.

Zur Reparationsfrage erklärte er, daß man die geforderte Riesensumme auf ein verständiges Maß zurückführen müsse. Bei der kritischen Lage der deutschen Wirtschaft werde es sehr schwer sein, eine solche Summe festzusetzen. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten müsse man im guten Glauben mit unseren Vertragsgegnern die Aufgabe zu lösen versuchen. Freilich dürfe der Maßstab dabei nicht der Wunsch der Gegner sein, durch Deutschlands Zahlungen ihre Verpflichtungen an Amerika abzudecken. Dr. Dernburg sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß die wiedererstarkte Gesundheit Dr. Stresemanns zum guten Ende beitragen möge. (Beifall.)

Den Schluß des ersten Tages machte der Wirtschaftsparteiler

Dr. Bredt.

Er stellte fest, daß die an den Völkerbund geknüpften Erwartungen nicht erfüllt worden seien. Notwendig sei gegenwärtig vor allem eine möglichst breite, geschlossene und entschlossene Einheitsfront dem Auslande gegenüber. Dr. Bredt erklärte: Wir sind nicht sehr erbaut von dem Ergebnis unserer Außenpolitik der letzten Jahre. Wir haben sie aber mitgemacht und werden sie weiter mitmachen, denn darüber sind wir uns klar, wenn die Wahl steht zwischen Verständigungs- und Gewaltpolitik, so kann nur eine Verständigungspolitik der Weg sein, den wir beschreiten.

Das Ende der Aussprache.

Der Reichstag setzte heute die außenpolitische Debatte fort. Zu den vorliegenden Anträgen ist, wie Präsident Löbe bei Beginn der Sitzung mitteilte, noch ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann hinzugekommen.

Abg. Münzenberg (Kommunist) führt aus, die mit Unterstützung der Sozialdemokraten geführte deutsche Außenpolitik habe einen durchaus imperialistischen Charakter. Es sei bezeichnend, daß der sozialdemokratische Reichskanzler Müller die Anerkennung des deutschnationalen Grafen Westarp und sogar der nationalsozialistischen Presse gefunden habe. In Genf habe die deutsche Außenpolitik ein vollständiges Fiasko erlitten. In der Rede des Außenministers sei bezeichnend das Fehlen jeder Aeußerung über die Beziehungen zu Rußland. Die deutsche Außenpolitik verfolge das Ziel, Deutschland in den Bund der westlichen kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland einzugliedern. Im kommenden Kriege würden die Kommunisten die Reichswehr auffordern, zu Sowjetrußland überzugehen. (Beifall b. d. Komm.)

Abg. Frhr. von Rheinbaben (D. Vpt.) gibt der besonderen Freude der Deutschen Volkspartei Ausdruck darüber, daß der Reichsaußenminister nach langer Krankheit wieder in alter Frische seine Geschäfte übernommen hat. Die Volkspartei ist mit den Ausführungen des Ministers einverstanden. Deutschland hat jetzt den Kampf für sein Recht auszufechten. Es ist notwendig, daß dieser Kampf auch durch die deutsche Volksvertretung unterstützt wird. Wir kommen nicht weiter, wenn jede Partei ihre Sonderforderungen stellt, wenn sozusagen jeder Deutsche seine eigene Außenpolitik treibt. Wir müssen uns zunächst auf diejenigen Forderungen einigen, die eine Aussicht auf Verwirklichung haben, weil sie auch im Interesse der übrigen Länder liegen. Graf Westarp verlangt Schluß mit der Locarno-Politik. Wir sagen demgegenüber: Deutschland ist durch die Locarno-Politik gesichert worden gegen eine Wiederholung des Ruhreinbruchs. Deutschland hat seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg nur unter der Locarno-Politik beginnen können, weil Locarno eine gewisse Sicherung gegen Verwicklungen mit den Westmächten bietet. Es wäre die größte Dummheit, wenn wir verklausuliert oder nicht verklausuliert, uns von der Locarno-Politik zurückziehen würden. Bei der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Kaas ging mir die Melodie durch den Kopf: „Und ein bissel Lieb, und ein bissel Treu" . . . (Zuruf: „Und ein bissel Falschheit ist alleweil dabei!" — Heiterkeit.) Es lag in dieser Rede eine gewisse Distanzierung zur Locarno-Politik. Vor gar nicht langer Zeit hat aber Dr. Wirth immer wiederholt, daß Dr. Stresemann mit der Locarno-Politik nur die Brücke beschritten habe, die das Zentrum gebaut habe. Wir halten an der Locarno-Politik fest. Diese Politik dürfte nicht ein Grund sein für die russische Nervosität. Wir halten uns in der Linie der mit Rußland abgeschlossenen Verträge. Wir bemühen uns, unser Verhältnis zu Polen, Jugoslawien, Rumänien und andern Ländern immer freundschaftlicher zu gestalten. Wir haben auch als erster Staat die neue chinesische Regierung anerkannt. Aus alledem geht hervor, **daß die Locarno-Politik uns keineswegs einseitig an England und Frankreich bindet und von den übrigen Mächten abschließt.**

Die Deutsche Volkspartei behält sich eine nüchterne Prüfung des Ergebnisses der Sachverständigen-Beratungen vor. Wir hoffen, daß angesichts der großen Aufgaben, die wir jetzt zu bewältigen haben, ein größeres gegenseitiges Verständnis zwischen den Parteien sich entwickelt. Wir von der Deutschen Volkspartei stellen uns hinter den Außenminister bei der Fortsetzung seiner Außenpolitik. (Beifall b. d. D. Vpt.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Seit einigen Jahren sind die außenpolitischen Debatten hier in Inhalt und Grundform immer dieselben. Die Deutschnationalen haben je nachdem, ob sie in der Regierung oder in der Opposition saßen, die sanfte Violine oder die kriegerische Pauke gespielt. Wir Sozialdemokraten haben uns dagegen durch unsere innenpolitische Situation nie in unserer Zustimmung zur Verständigungspolitik beirren lassen. Wir sind grundsätzlich für diese Politik, weil wir den Frieden wollen und den Rechtsgedanken über den Machtgedanken stellen.

Es sprachen noch Abg. Emminger (Bayr. Volkspartei) und Dr. Schreiber (Zentrum), die in knappen Worten noch auf einzelne Fragen eingingen.

Damit war die außenpolitische Aussprache geschlossen. Es war beabsichtigt, das von den Nationalsozialisten eingebrachte Mißtrauensvotum gegen Dr. Stresemann erst in einer späteren Sitzung zu erledigen. Da jedoch eine genügende Anzahl von Stimmen sich für die beantragte namentliche Abstimmung zusammenfand — neben den Nationalsozialisten standen auch die Deutschnationalen und die Kommunisten dafür auf —, blieb der Einspruch der Sozialdemokraten ergebnislos. In der namentlichen Abstimmung wird der Mißtrauensantrag mit 219 Stimmen gegen 98 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und der Christlichnationalen Bauernpartei bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus auf nächsten Dienstag, 3 Uhr.

Rücktritt des Chefdirektors der Reichswirtschaftsbank.

Posen, 21. November. Nach einer Meldung des „Kurjer Poznański" soll der Chefdirektor der Bank Gospodarstwa Krajowego, Herr Korwin-Szymanowski, demnächst von seinem Posten zurücktreten, und sich als ständiger Vertreter Polens in finanzwirtschaftlichen Angelegenheiten ins Ausland begeben.

Hartnäckige Gerüchte.

Posen, 21. November. Der „Kurjer Poznański" schreibt: Der **„Przedświt"**, das Organ des Ministers Moraczewski, bestätigt in einer Korrespondenz aus Posen die vom „Przegląd Poranny" dauernd bestrittene Nachricht von einer nahe bevorstehenden Vereinigung dieses Blattes mit der „Gazeta Poznańska i Pomorska".

Tages-Spiegel.

In Moskau fand gestern im Beisein der Mitglieder der sowjetrussischen Außenhandelsstellen, sowie der Vertreter der deutschen Botschaft die Eröffnung der deutschen Sektion der sowjetistisch-westlichen Handelskammer statt.

*

Nach Warschauer Berichten flog beim Landen infolge dichten Nebels ein polnisches Militärflugzeug in das Gebäude eines Forts. Der Führer wurde getötet, der Beobachter schwer verletzt.

*

Bei Paris ist das Fort Vincennes in die Luft geflogen.

*

Sir Eric Drummond ist in Warschau eingetroffen.

*

Die außenpolitische Debatte im Reichstag ist beendet worden. Das Mißtrauensvotum gegen Dr. Stresemann wurde abgelehnt. Der Reichstag tritt erst am Dienstag wieder zusammen.

Stadt und Land.

Posen, den 21. November.

Wohltaten, still und rein gegeben,
Sind Tote, die im Grabe leben,
Sind Blumen, die im Sturm besteh'n,
Sind Sternlein, die nicht untergeh'n.
Claudius.

Revision der Alters- und Invaliditätskarten.

In der Zeit vom 20. November 1928 bis Ende April 1929 findet eine Revision der Quittungskarten und Invalidenmarken statt. Daher müssen alle noch ausstehenden Marken geklebt und mit dem Datum versehen werden. Nach § 1466 der Versicherungsordnung und den Kontrollvorschriften vom 31. März 1914 ist jeder Arbeitgeber verpflichtet, in der Wohnung, im Geschäft oder im Fabrikunternehmen die Quittungskarten, Bücher oder Bescheinigungen über die Entgegennahme von Quittungskarten, Lohnlisten, Kontrakte und Krankenkassenbücher aller Versicherten vorzulegen. Die Versicherten, die Quittungskarten und -bücher selbst aufbewahren, sind verpflichtet, diese vor Beginn der Revision den Arbeitgebern abzugeben. Die Arbeitgeber müssen die Quittungskarten der bei ihnen beschäftigten Personen entgegennehmen, wenn diese in der Ortschaft des Unternehmens, oder in einem Umkreis von einem Kilometer wohnen. Wenn der Wohnort des Arbeitnehmers entfernter liegt, muß der Arbeitgeber die Versicherten rechtzeitig auffordern, die erwähnten Dokumente zu beschaffen und abzugeben. Werden die Quittungskarten nicht zur festgesetzten Zeit eingehändigt, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei der nächsten Lohnauszahlung die Quittungsbücher zurückzuhalten. Bei Abwesenheit des Arbeitgebers oder bei seiner Verhinderung muß er seinen Vertreter gemäß instruieren oder die Quittungskarten und andere Dokumente dem Nachbarn oder anderen Personen, die die Lohnverhältnisse des Unternehmens genau kennen, übergeben, damit die Revision ohne Hindernisse von statten gehen kann. Der Vorstand der Landesversicherung kann die Arbeitgeber und die Versicherten bei Nichteinhaltung der bestehenden Verpflichtungen mit einer Geldstrafe bis zu 150 Zloty belegen. (§ 1467 der Versicherungsordnung.) Die Revisionskosten, die durch Schuld des Arbeitgebers entstehen, können diesem auferlegt werden. (§ 1468 der Versicherungsordnung.)

Gastspiel eines italienischen Marionettentheaters.

Im Lichtspieltheater „Słońce" eröffnete Dienstag abend ein italienisches Marionettentheater „Teatro dei Piccoli" sein bis Freitag dieser Woche berechnetes Gastspiel unter einem so lebhaften Andrange des Publikums, daß das doch gewiß geräumige Lichtspieltheater nahezu bis auf den letzten Platz besetzt war, und mit einem geradezu beispiellos glänzenden Erfolge. Das „Teatro dei Piccoli" ist in zahlreichen Großstädten, z. B. in Berlin, monatelang aufgetreten, und befindet sich gegenwärtig nach einem ausgezeichneten Gastspiel auf der Rückreise aus Warschau nach dem europäischen Westen. Die Marionettentheaterkunst ist nicht neu. Vor dem Weltkriege hatten wir Posener einmal Gelegenheit, im Evangelischen Vereinshause Hans Sachs-Spiele durch eine Marionettenbühne aufgeführt zu sehen. Und über 1½ Jahrhunderte früher hat der junge Goethe, wie er uns in „Wahrheit und Dichtung" erzählt, an Marionettenaufführungen seinen Sinn für die Theaterkunst geweckt. Wie würde der Olympier gestaunt haben, wenn er gestern abend unter den sieben hundert Zuschauern sich hätte an den Darbietungen des „Teatro dei Piccoli" ergötzen können. Das war wirkliche Kunst in schönster Vollendung, die da in so mannigfacher Form als Varieté, als Oper und als Operette geboten wurde. Schon die äußere Aufmachung mit den stets stilechten Dekorationen fesselte das Auge des Beschauers. Die Marionetten beiderlei Geschlechts waren von größter Lebenswahrheit; bereits nach wenigen Minuten waren die Zuschauer so vollständig durch das glänzende Spiel und die staunenswerte geschickte Regie der ungezählten Fäden in ihren Bann gezogen, daß man vollständig vergaß, es mit toten Puppen zu tun zu haben. Der Zusammenhang zwischen den Marionetten und den Sängern hinter der Bühne war so innig, daß auch nicht ein einziges Mal eine Disharmonie zwischen der darstellenden Marionette und den Sängern und Sängerinnen klaffte. Die Gefahr, daß etwa durch das jahrelange Aufführen der Stücke ein gewisser Mechanismus Platz greifen und so die Lebenskraft der Darstellung beeinträchtigen würde, war auf das Sorgfältigste vermieden. Der Zuschauer stand andauernd unter dem Eindruck, daß die Vorstellung völlig neu produziert von statten ging. Den Menschen darstellenden Marionetten schlossen sich sogar lebenswahre Tiertypen an, Dromedare, Elefanten, eine Riesenschlange, Schmetterlinge und ein spitzbübischer Dackel. Die Sänger und Sängerinnen standen gesanglich, wie man es nach dem bereits Gesagten wohl kaum anders erwarten darf, auf der Höhe der Vollkommenheit. So waren die zwei Stunden der gestrigen Theatervorstellung für jedermann ein erlesener Genuß voll echten harmlosen Humors, ob man nun in der Musikhall wahre Varietékunst genoß, die wohl in der „Kammermusik" des zweiten Teils ihren Höhepunkt erreichte, oder ob man das Ensemblespiel der exotischen Oper „Der Dieb aus Bagdad" oder das der Operette „Geisha" erlebte, man war jedesmal freudig bewegt und hingerissen von dem schönen Kunstgenuß. Wer sich einen solchen leisten will, der versäume nicht, in den nächsten Tagen dieses wirklich beste Marionettentheater zu besuchen. Jedermann wird uns für diesen Hinweis aufrichtig dankbar sein. hb.

✕ **Zuständigkeit der Wojewoden für Namensänderungen.** Der Innenminister hat eine Zusammenfassung der Befugnisse auf dem Gebiete der inneren Angelegenheiten angeordnet. Unter anderem wurde den Wojewoden das Recht der Namensänderung zugestanden, die bisher vom Innenministerium erledigt wurde. Außerdem wurden die Befugnisse des Wojewoden hinsichtlich der Schließung von Vereinen und hinsichtlich der Legalisierung von Vereinen erweitert.

✕ **Zurückstellung von Mittelschülern vom Militärdienst.** Es kommen oft Fälle vor, daß Mittelschüler, die im Abschlußexamen durchgefallen sind und ein zweites Examen machen wollen, des Rechts auf Zurückstellung vom Militärdienst verlustig gehen. Da aber ihre Einberufung zum Militärdienst im Frühjahr ihnen die Ablegung des Examens unmöglich machen würde und sie dadurch des Rechtes auf kürzere Dienstzeit verlustig gehen würden, hat sich das Kriegsministerium damit einverstanden erklärt, daß diese Schüler zusammen mit den 1½ Jahre Dienenden im nächsten Jahre eingezogen werden. Dies wird jedoch davon abhängen, daß die Interessierten den Militärbehörden die Beweise erbringen, daß sie den Abteilungen der physischen und militärischen Vorbereitung angehören. Gleichzeitig müssen sie entsprechende Bescheinigungen der Schulbehörden vorlegen, in denen gesagt ist, daß die Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis des Unterrichts in der von den Militärbehörden zugestandenen Zeit besteht. Die Gesuche sind durch das Kriegsergänzungskommando an das Kriegsministerium zu richten.

✕ **Zur Beisetzung des Senatspräsidenten Kałużnicki** aus Posen und Mitgliedes des deutsch-polnischen Schiedsgerichts für Oberschlesien, der in Beuthen gestorben war, sind gestern früh u. a. hier eingetroffen: der Präsident Calonder, Präsident George Kaeckenbeck, der deutsche Konsul Illgen aus Beuthen und der Generalsekretär Dr. Graff mit Gattin. Die Beisetzung des Verstorbenen erfolgte gestern nachmittag vom ehemaligen Kaiserbahnhofe aus, auf dem die Leiche eingetroffen war.

✕ **Forstpersonalnachrichten.** Oberförster Dorgiman in Wilna ist in die Oberförsterei Wielowieś (Posen) versetzt; Oberförster Zaleski in Moschin hat die Oberförsterei Schepanowo erhalten; die Oberförsterei Moschin ist dem Forstadjunkten, Ingenieur Kłosowski übertragen worden.

✕ **Große Auktion der Danziger Herdbuchgesellschaft.** Am Mittwoch, dem 5., und Donnerstag, dem 6. Dezember, kommen infolge zahlreicher Nachmeldungen über 430 Tiere, und zwar 60 Bullen, 235 hochtragende Kühe und rd. 140 hochtragende Färsen zum Verkauf. Sämtliche Tiere sind kurz vor der Auktion auf klinisch erkennbare Tuberkulose, Verkalbeseuche und Euterkrankheiten untersucht, verdächtige Tiere ausgeschlossen. Es kommt ein sehr gutes Material, besonders auch in Bullen, zum Verkauf; die Preise sind in Danzig zurzeit sehr niedrig. Es kann mit Durchschnittspreisen von 1800 Zloty für Bullen und 1000 bis 1200 Zloty für weibliche Tiere gerechnet werden. Die Verladung geschieht durch die Herdbuchgesellschaft, und es werden auf Wunsch Begleiter gestellt. Zloty werden zum amtlichen Kurs in Zahlung genommen. Die Ausfuhr ist danzigerseits völlig frei. Kataloge mit Angaben über Abstammung und Leistung versendet kostenlos die Danziger Herdbuchgesellschaft, Danzig, Sandgrube 21.

✕ **Diplomprüfungen.** Das Diplom als Ingenieur der Landwirtschaft erhielt Zarzycki aus Biała, Wojew. Lodz; das als Forstingenieur Wierzejewski aus Kozłowo, Wojew. Posen; das Diplom der Rechte mit dem Titel Magister erhielt Kużdowicz aus Zirke.

✕ **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen Mittwochs-Wochenmarkt war das Geschäft bei reicher Warenzufuhr mittelmäßig. Es kosteten: das Pfund Tafelbutter 3,90—4, Landbutter 3,20 bis 3,60, das Liter Milch 42, Quark 60—70, die Mandel Eier 3,70—3,80. Ferner wurden gezahlt: für Kartoffeln (3 Pfund) 20, Spinat 40, Grünkohl 15, Zwiebeln 20, Kohlrabi 20, Rosenkohl 60, Blumenkohl 70, Rote Rüben 20, Wruken 10—15, Aepfel 20—60, Birnen 30—50, Walnüsse 1,20—1,40, Mohrrüben 20, Wirsingkohl 40, Kürbis 15, eine Zitrone 17—30, das Bündchen Radieschen 15 gr. — Auf dem Fleischmarkt kosteten: roher Speck 1,60, geräucherter Speck 2—2,20, Schweinefleisch 1,50—1,80, Rindfleisch 1,50—2,00, Kalbfleisch 1,40, Hammelfleisch 1,50—1,60. Ferner kosteten Hasen mit Fell 6,50—9, eine Gans das Pfund 1,40—1,60. — Auf dem Fischmarkt notierten: Karpfen mit 2 bis 2,60, Schleie mit 1,60—2,20, Hechte mit 1,20 bis 1,70, Zander 2,50—3,40, Barsche mit 0,60 bis 1,20, Bleie mit 1,20—1,40, Weißfische mit 40 bis 80 gr.

✕ **Ueberfahren** wurde vom Kraftwagen PZ 43 254 in der St. Martinstr. der 9jährige Stefan Fedder; er mußte ins Stadtkrankenhaus gebracht werden.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus dem Büro der Firma Kazimierz Świerkowski, Große Gerberstraße 49, eine graublaue Tischwage mit vergoldeten Rändern und halbovalem Firmenstempel aus der Wohnung einer Anna Nosal, ul. Wyspiańskiego 1 (fr. Hardenbergstr.) zwei Damenmäntel; aus der Wohnung von Dr. Janta-Połczyński, Plac Nowomiejski 1a (fr. Königsplatz), 5 Damenmäntel im Werte von 1600 zl; einer Teodora Tomczak, wohnhaft Venetianerstraße 4, verschiedene Wäsche im Werte von 700 zl.

✕ **Vom Wetter.** Heut, Mittwoch, früh waren bei bewölktem Himmel sieben Grad Wärme.

✕ **Sonnenaufgang und Sonnenuntergang** am Donnerstag, 22. November, 7,36 und 15,57 Uhr.

✕ **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut Mittwoch, früh + 0,18 Meter, gegen + 0,14 Meter gestern früh.

✕ **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555, erteilt.

✕ **Nachtdienst der Apotheken** vom 17. bis 24. November. Altstadt: Aeskulap-Apotheke, Plac Wolności 3, Sapieha-Apotheke, Pocztowa 31. Jersitz: Mickiewicz-Apotheke, Mickiewicza 22, Lazarus: St. Lazarus-Apotheke, Strusia 9. Wilda: Kronen-Apotheke Górna Wilda 61.

✕ **Posener Rundfunkprogramm** für Donnerstag, den 22. November. 7.30—7.45: Morgengymnastik. 12—12.30: Zeitzeichen. 12.30—14: Konzert für die Jugend. 14—14.15: Börsen. 14.15—14.30: Kommunikate. 17.10—17.35: Französisch für Anfänger. 17.35—18: Das Finanzwesen der Selbstverwaltung. 18—19: Literaturstunde. 19—19.30: Der Bolschewismus in Frankreich. 19.30—19.55: Dr. Szumann: Das Mästen von Gänsen. 20—22: Uebertragung aus der Posener Universitätsaula: Feier zu Ehren Pius X. 22—22.20: Zeitzeichen. Beiprogramm. 22.20—22.40: Kommunikate.

* **Pudewitz**, 20. November. Beim Landwirt Schlachzak in Pruschewitz bei Pudewitz wurden in der Nacht von Sonntag zu Montag sämtliche Kleidungsstücke und Wäsche von Einbrechern entwendet. Der Wert der gestohlenen Kleidungsstücke und Wäsche wird mit 5000 Zloty angegeben. Die Einbrecher sind bis jetzt nicht ermittelt.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Bromberg**, 20. November. Seit dem 15. d. M. wird der 31jährige Arbeiter Viktor Haas vermißt, der bei der Bleichfelder Ziegelei beschäftigt war. Am 13. d. Mts. äußerte der Vermißte seiner verheirateten Schwester gegenüber die Absicht, sich das Leben zu nehmen und bemerkte hierbei, daß er sich schon einmal auf die Eisenbahnschienen gelegt hätte, aber damals beim Nahen eines Zuges von seiner Absicht abgelassen hätte. Man nimmt an, daß er jetzt auf irgendeine Weise seinem Leben ein Ende gemacht hat.

* **Crone a. Br.**, 20. November. Geflüchtet ist bei einem Transport vom Zuchthaus Crone nach Konitz zu einer Gerichtsverhandlung der Zuchthäusler Stanislaus Biskupski. Er hatte 1926 einen Einbruch in die Büros der Staatsanwaltschaft des Konitzer Bezirksgerichts verübt und wegen zahlreicher schwerer Einbrüche bereits eine zehnjährige Zuchthausstrafe abzusitzen. Er ist 34 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen, rundes Gesicht und ist der deutschen wie der polnischen Sprache mächtig. Personen, die über den Verbleib des Flüchtlings Auskunft geben können, werden gebeten, sich unverzüglich beim nächsten Polizeiposten zu melden.

* **Goldfeld, Kreis Bromberg**, 20. November. Ein Feuer brach in der Nacht vom 15. zum 16. d. Mts. in der hiesigen Genossenschaftsmolkerein aus, wobei der Dachstuhl des Maschinenhauses vernichtet wurde. Es ist nur der günstigen Windrichtung und dem schnellen Eingreifen der nächsten Nachbarn zu verdanken, daß sich das Feuer nicht weiter ausbreitete.

* **Jutroschin**, 20. November. Der kommissarische Bürgermeister Izydor Kaminiarz wurde durch ein Dekret des Wojewoden zum Bürmeister von Jutroschin auf 12 Jahre bestätigt.

* **Neutomischel**, 20. November. Als Mitglied des Schulrates für den Kreis Neutomischel ist an Stelle des bisherigen Propstes Budaszewski der Propst Stanislaw Kuliszak aus Neutomischel vom Posener Schulkuratorium berufen worden. — In der Nacht zum 15. d. Mts. drangen Diebe in die Scheune des Landwirts Heine in Glinno ein und stahlen drei Sack frisch gedroschenes Getreide. Die Polizei ist den Dieben auf der Spur. — Der bisherige kommissarische Gemeindevorsteher in Kupferhammer, Felix Dura, ist seines Postens enthoben worden.

* **Rakwitz**, 20. November. Ein seltenes Abenteuer, das anderen Landwirten zur Warnung dienen soll, hatte ein Landwirt Seide aus Wioster Hauland. Er kam am vorletzten Jahrmarkt nach hier, um eine Kuh zu kaufen. Auf dem Viehmarkt trat ein Mann an ihn heran und sagte, daß er eine gute Kuh in der Nähe der Stadt wüßte. S. ging nun mit dem fremden Menschen, um die Kuh anzusehen. Unterwegs fragte der Fremde den S., ob er auch Geld habe, die Kuh zu kaufen, sonst hätte es keinen Zweck, erst hinzugehen. S. zog nun seine Brieftasche mit rd. 400 Zloty aus der Tasche hervor, um dem Fremden das Geld zu zeigen. Diesen Augenblick benutzte der Räuber und entriß ihm die Börse. In demselben Augenblick kamen zwei weitere Helfershelfer hinzu, die den Landwirt S., der den ersten Dieb festhielt, zwangen, ihn loszulassen. Nun verschwanden alle drei gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen. Einer, der zuerst die Brieftasche genommen hatte, wurde gefaßt, aber das Geld hatte er nicht mehr; vielmehr wird er es wohl seinen Komplizen schnell gereicht haben. Der Landwirt S. hat also den Verlust von 400 Zloty zu beklagen.

* **Rawitsch**, 20. November. Neue Wasser-, Gas- und Strompreise hat der Magistrat mit dem 1. d. Mts. festgesetzt. Es kosten jetzt ein Kubikmeter Wasser 30, ein Kilowatt Strom zur Beleuchtung 65, für Industrie 45 und ein Kubikmeter Gas 33 gr.

* **Wilhelmsbrück**, 20. November. Sonntag abend entstand in der Scheune des Besitzers David Feuer, die in kurzer Zeit niederbrannte. In der Scheune hatten vier kleine Häusler ihr Getreide untergebracht. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

□ **Wreschen**, 18. November. In der vergangenen Nacht drangen Diebe in das Haus des Landwirts Nikolai in Riechomo ein und ließen den ganzen Inhalt der Räucherkammer mit sich gehen. Vor einigen Tagen sind dem Genannten bereits 20 Ztr. Weizen gestohlen worden. Die Täter scheinen aus Kongreßpolen zu sein.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

– **Thorn**, 20. November. Nichtsnutzige Schmierfinken haben die Schaufensterscheiben verschiedener deutscher Geschäftsleute in der Innenstadt in der vergangenen Sonntagnacht mit Zetteln beklebt, auf denen mit Buntstift gekritzelt stand: „Precz z Niemcami-Szwabami!" (Fort mit den Deutschen!) Die Tat spricht für sich und die Verhetzungsarbeit, die von verschiedenen Kreisen gegen alles Deutsche getrieben wird.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis 13½ Uhr.

H. B. 2. Die Aufwertung der als gewöhnliche Hypothek zu bewertenden Summe erfolgt mit 15 Prozent von 3690 Zloty, d. h. also auf 553,50 Zloty.

H. B. Wir sind nicht in der Lage, Ihnen über den Widerspruch der Verordnung, den Sie entdeckt haben, Aufklärung zu geben. Unsere Notiz entspricht dem Wortlaut der Verordnung.

Der III. Vierteljahrsbericht des Finanzberaters.

Der mit grosser Spannung erwartete Bericht des amerikanischen Finanzberaters Devey über das III. Vierteljahr 1928, der bereits in den ersten Oktobertagen erstattet, aber leider nicht veröffentlicht wurde, liegt uns auch heute noch nicht im Wortlaut vor. Aber die amtliche polnische Telegraphenagentur bringt einen Auszug, den wir im folgenden wiedergeben. Es ist leicht zu ersehen, dass der Bericht schon vor mehreren Wochen abgegeben wurde, denn eine Reihe der Vorschläge ist von der Regierung bereits erfüllt worden. Eine kritische Betrachtung müssen wir solange zurückstellen, bis uns der genaue Wortlaut vorliegt, denn der Auszug der „Pat" scheint uns in einigen wichtigen Punkten sehr lückenhaft zu sein.

Die Durchführung des Stabilisierungsplanes.

Nach einigen einleitenden Worten stellt Herr Devey im ersten Teil des Berichts fest, dass sich der Stabilisierungsplan im ersten Jahr seiner Anwendung als brauchbar erwiesen habe. Er folgt dann eine Auseinandersetzung mit den Budegt-, Finanz- und Verwaltungsanordnungen der Regierung und die Angabe der veranschlagten Einnahmen für das Etatsjahr 1928/29 in Höhe von 2 655 009 715 zł und Ausgaben in Höhe von 2 528 247 509 zł. Als Sicherung gegen ein Abflauen des Wirtschaftslebens und gegen einen Einfuhrrückgang, der durch die am 15. März d. Js. erfolgte Erhöhung der Zollsätze hervorgerufen wurde, sind die Einnahmen aus den beiden grössten Steuerquellen, nämlich der Gewerbesteuer und der Zollgebühren, so vorsichtig wie möglich veranschlagt worden. Das Ergebnis der ersten 6 Monate des laufenden Wirtschaftsjahres hat gezeigt, dass sich die Befürchtungen der Regierung nicht verwirklicht haben, denn die Einnahmen aus der Gewerbesteuer haben diejenigen der ersten 6 Monate des vergangenen Wirtschaftsjahres um 48,8 Mill. zł übertroffen. Die Zolleinnahmen betrugen in derselben Zeit 212 755 455 zł gegen 157 855 755 zł in den ersten 6 Monaten des vergangenen Jahres. Die Steuereinnahmen des ersten Halbjahres betragen schon rund 61 Prozent der für das ganze Jahr veranschlagten Summe. Auch die Einnahmen aus den staatlichen Monopolen waren zufriedenstellend. Im August sind die Einnahmen des Staates ausserdem durch die Emission der 50-Mill.-Inlandsanleihe vermehrt worden. Von dieser Anleihe sollen 8 Mill. zur Einziehung verschiedener alter Inlandsanleihen und der Rest zum Bau neuer und zur Ausbesserung alter Eisenbahnlinien verwendet werden. Der Finanzminister hat im Sinne des Stabilisierungsplanes alle verfügbaren Fonds des Staatsschatzes in der Bank Polski deponiert mit Ausnahme der Summen, die sich in der Staatskasse und der P. K. O. befinden. Eine Erhebung am 30. September 1928 hat folgendes Ergebnis gezeitigt:

in den Staatskassen	73 674 830 zł
in der P. K. O. auf Rechnung des Finanzministers	36 317 451 zł
in der Bank Polski auf Rechnung des Finanzministers	274 079 671 zł
	384 071 952 zł

Zum Plan der Umwandlung der staatlichen Eisenbahnen in ein selbständiges, privates Unternehmen werden von den zuständigen Stellen weiterhin Prüfungen und Ermittlungen angestellt. Das vom Finanzministerium bestellte Komitee zur Vorbereitung einer Steuerreform hat schon einige Vorschläge zur Abänderung bestimmter Steuern eingebracht. Alle Aenderungen werden stufenweise durchgeführt werden. Die Unterkomitees der vom Finanzminister eingesetzten Bankkommission haben nach mehrmonatigen Arbeiten ihre Berichte und Vorschläge ausgearbeitet, die in kurzer Zeit auf der Sitzung der Gesamtkommission unterbreitet werden.

Der Haushaltsvoranschlag für 1928/29 enthält eine Bestimmung, derzufolge die Gewährung von Anleihen an Selbstverwaltungsbehörden auf höchstens 12 Monate unter der Bedingung gestattet wird, dass sie 20 Prozent der Kommunalsteuern nicht überschreiten. Im Laufe der letzten 6 Monate betrugen diese Anleihen nur 8 Prozent dieser Steuern.

Die im August dieses Jahres aufgelegte 50-Millionen-Prämienanleihe hat trotz des ungewöhnlich starken Bargeldmangels gute Aufnahme gefunden. Die Netto-Belastung, d. h. Zinsen und Prämien, beträgt bei dieser Anleihe rund 7 Prozent, also weitaus weniger, als bei allen anderen staatlichen Anleihen.

Im weiteren Verlaufe seines Berichtes geht Herr Devey zum Zinsendienst der Stabilisierungsanleihe über und stellt fest, dass die Zolleinnahmen im dritten Quartal 1928 rund 115 100 000 zł betrugen, während der Anleihedienst nur 15 800 000 zł erforderte, so dass eine mehr als 7malige Deckung vorhanden war.

Nachstehende Tabelle gibt über den Verwendungszweck der Anleihe nach dem Stabilisierungsplan Aufschluss und zeigt die Summen, die bis zur Berichtsabfassung (30. 9. 1928) schon verbraucht worden sind.

	Veranschlagte Summe	Verwendete Summe	Auf Rechnung in der Bank Polski am 30. 9. 1928
	(in Millionen Złoty)		
a) Erhöhung des Kapitals der Bank Polski	75.0	75.0	—.—
b) Uebernahme der halben Schatzemission netto durch die Bank Polski	140.0	140.0	—.—
c) Konvertierung der halben Emission netto in Silbermünzen	90.0	6.0	84.0
d) Tilgung der laufenden Staatsschuld	25.0	25.0	—.—
e) Gründung einer Schatzreserve	75.0	—.—	75.0
f) für wirtschaftliche Zwecke	141.3	113.7	27.6
g) anderes	3.0	3.0	—.—
	549.3	362.7	186.6

Der Fonds für wirtschaftliche Zwecke ist auf Grund eines Uebereinkommens zwischen der Regierung, der Bank Polski und dem Finanzberater allmählich verausgabt worden. Nachstehend werden die Ausgaben aus diesem Fonds, die bis zum 30. September 1928 erfolgten, angeführt:

8proz. Anleihe für die staatl. Stickstofffabrik in Tarnow	23 800 000.— zł
8proz. Anleihe für die staatl. Telephonfabrik	5 000 000.— zł
8proz. Anleihe für die staatl. Ges. „Poczta, Telegraf i Telefon"	15 500 000.— zł
8proz. Pfandbriefe der Tow. Kred. Ziemskie in Warschau	13 555 306.35 zł
7proz. Meliorationsobligationen der Bank Rolny	6 375 844.18 zł
7proz. Pfandbriefe der Bank Rolny	12 092 408.81 zł
8proz. Pfandbriefe der Bank Rolny	12 814 709.50 zł
8proz. Pfandbriefe der Bank Gospodarstwa Krajowego	10 923 090.48 zł
8proz. Pfandbriefe der Tow. Kred. Ziemskie in Lemberg	4 005 000.— zł
8proz. Pfandbriefe der Bank Ziemski in Wilna	7 130 526.70 zł
8proz. Pfandbriefe der Bank Ziemstwa Kred. in Posen	2 570 957.24 zł

Das polnische Steuersystem.

Als im Jahre 1918 die erste polnische Regierung ihr Amt antrat, galten in Polen 5 verschiedene Steuersysteme und seit dieser Zeit ist in Polen noch kein befriedigendes Steuersystem eingeführt worden. Ein zweiter Fehler ist der Mangel an geschultem Personal. Während des Krieges bestand sowohl bei den Geldinstituten wie auch beim Grossgrundbesitz eine gähnende Leere, wodurch der Privatkredit vollkommen zerstört worden ist. Infolgedessen musste die Regierung eine ganze Reihe von Aufgaben übernehmen, die in normalen Zeiten von privater Hand erledigt worden wären. Erst im Jahre 1926, als der Staatshaushalt zum ersten Mal einen Ueberschuss aufwies, sind die Bemühungen der Behörden um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates von Erfolg gekrönt worden. Dass ein derart schnell entwickeltes und durchgeführtes Steuersystem, und auch die Verteilung der Pflichten zwischen Staat und Selbstverwaltung nicht zufriedenstellend sein können, ist leicht verständlich Die grösste Schwierigkeit liegt in den verschiedenartigen Vorschriften bei den einzelnen Teilen des Landes. Bei den Kommunalsteuern treten diese Hindernisse noch krasser auf als beim staatlichen Steuersystem. Eine Erweiterung und Dezentralisation der Befugnisse und Einnahmequellen ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft.

Es folgt dann eine Besprechung der Staatssteuern, der Monopole, der staatlichen Unternehmen und der Kommunalsteuern. Eine genaue Analyse dieser Abhandlung über das gesamte Steuerwesen durchzuführen, ist nach Ansicht der „Pat" zu schwer und würde auch zu weit führen. Sie beschränkt sich daher nur auf die Folgerungen, die Herr Devey aus seinen Ausführungen zieht.

Die Grundsteuer und auch die Kommunalsteuer sind in den einzelnen Teilen Polens zu verschieden, als dass ein Gesamtgutachten für ganz Polen zu fällen, möglich wäre. Ganz allgemein betrachtet muss jedoch festgestellt werden, dass die Landbevölkerung am wenigsten mit Steuern belastet ist. Die Grundsteuer, die grösste der auf dem Lande in Anwendung gebrachten Steuern, hat im Etatsjahr 1927/28 nur 63,8 Mill. zł, d. h. 2 Prozent der gesamten staatlichen Einnahmen, erbracht. Die Steuersätze der ländlichen Selbstverwaltungen sind nicht sehr hoch und auch die übrigen staatlichen Steuern auf dem Lande sind gering. Da die Landbevölkerung den grössten Teil ihres Bedarfs mit eigenen Produkten deckt, sind auch die Verbrauchssteuern verhältnismässig gering, die der Konsument in Form von höheren Preisen für erworbene Produkte zahlt. Die unmittelbare Grundsteuer ist ungleichmässig unter die grossen und kleinen Wirtschaften verteilt, wobei die grösseren Besitzungen benachteiligt werden. Ein wichtiger Schritt zur Besserung auf diesem Gebiet wäre die Aufhebung der Progression, die gegen die grossen Besitzungen zugunsten der kleinen Landwirte angewandt wird.

Von staatlichen Steuern werde hauptsächlich die Stadtbevölkerung betroffen, die ausserdem noch und besonders in grossen Städten mit erheblichen Kommunalabgaben belastet wird.

Weiter muss an dem gegenwärtigen Steuersystem bemängelt werden, dass es der Entwicklung grösserer Unternehmen nicht gerade günstig ist. Die Einkommensteuer ist progressiv und in der Praxis werden die grossen Unternehmen sowohl durch die Einkommen-, wie auch durch die Gewerbesteuer am meisten belastet. Die kleineren Unternehmen, die in Polen in grosser Zahl vorhanden sind und einen nicht geringen Teil des Geschäfts in ihren Händen vereinigen, führen gewöhnlich keine entsprechenden Handelsbücher und können daher auch einer genauen Kontrolle durch die Finanzbeamten nicht unterworfen werden. Darunter leidet selbstverständlich die Konkurrenzfähigkeit der grösseren Unternehmen. Von einer Konkurrenz der polnischen Industrie mit dem Ausland kann solange keine Rede sein, wie die gesunde Erweiterungs- und Ausbautendenz gehemmt wird. Augenblicklich ist die Ausfuhrfähigkeit einiger Industriezweige wegen ihrer grossen Zerrissenheit noch nicht entwickelt. Eine zu hohe Besteuerung der Industrie hemmt die Ausfuhr Eine vorläufige Erleichterung ist schon jetzt durch eine entsprechende Anordnung in einigen Fällen eingetreten, mit der Reform der Umsatz- und Einkommensteuer muss so schnell wie möglich begonnen werden.

Die Wirtschaftslage.

Der letzte Teil des Berichtes ist der Wirtschaftslage Polens gewidmet. Bei der Besprechung der Lage in der Landwirtschaft stellt der Berater fest, dass Polen nach den vorläufigen amtlichen Berechnungen 1 460 000 t Weizen, 5 900 000 t Roggen, 1 900 000 t Gerste und 3 650 000 t Hafer geerntet habe. Die Gesamternte der 4 Getreidehauptsorten übertrifft somit die vorjährige Ergebnisse um 6 Prozent. Eine intensivere Bearbeitung durch stärkeren Gebrauch von künstlichen Düngemitteln und Anwendung besserer Geräte sei nicht zu verkennen, das beweise der erhöhte Ertrag pro Hektar. Polen müsste im laufenden Wirtschaftsjahre mit Ausnahme von Weizen mit eigenem Getreide auskommen. Hierzu müssten aber hauptsächlich Verordnungen über sparsameres Ausmahlen des Getreides beschlossen werden. Bisher sind über die Hackfruchternte noch keine Berechnungen angestellt worden, doch kann ein günstigeres Ergebnis als im Vorjahre nicht erwartet werden. Eins ist nur mit Sicherheit zu erwarten, dass die Zuckerrübenproduktion in diesem Jahre das erste Mal die durchschnittlichen Vorkriegsziffern überschreiten wird. Die Heuernte wird höchstwahrscheinlich schlechter ausfallen.

Die Berichte aus der Industrie zeugen von einem ständigen Anwachsen der Produktion in den letzten drei Monaten. Es ist mit Gewissheit anzunehmen, dass die Industrie auch in Zukunft dieselbe Beschäftigung aufweisen wird. Sehr gut beschäftigt sind hauptsächlich die Papierfabriken und die Fabriken für landwirtschaftliche Geräte. Die Kohlenproduktion ist im dritten Quartal im Vergleich zum zweiten Quartal weiter gestiegen. Die Lage in der Naphthaindustrie steht im engen Zusammenhang mit der günstigen Entwicklung in anderen Industriezweigen. Als Ergebnis der verstärkten Bohrtätigkeit sind in den letzten drei Monaten fünf neue Schächte erbohrt worden. Auch die Eisengiessereien waren im letzten Quartal weitaus besser beschäftigt, als zum Schluss des ersten Vierteljahres.

Die Verknappung am Geld- und Kreditmarkt hat sich zu Beginn des dritten Quartals noch weiter verstärkt. Der normale Bedarf an Bargeld durch die Landwirtschaft hat während der Ernte eine stetige Entwicklung der Industrieproduktion verhindert. Die Kreditnot ist schliesslich zu einem derartigen Dilemma angewachsen, dass ihm der Geldmarkt nicht mehr gewachsen ist. Die Kredittätigkeit der Bank Polski (Wechsel und Lombardanleihen) ist um rund 16 Prozent gestiegen. Auch in anderen staatlichen Banken sind sowohl die kurzfristigen wie auch die langfristigen Kredite angewachsen.

Die Tätigkeit der Staatseisenbahn im Frachtenverkehr übertrifft ziffernmässig die Ergebnisse der vorangegangenen Quartale.

Der Preisindex weist im August einen Rückgang um 5 Prozent auf. Der Preisrückgang betrifft hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte und in kleineren Ausmasse Industrieerzeugnisse. Unter den landwirtschaftlichen Produkten ist Weizen im Juli und August um 15 Prozent gefallen, während zu derselben Zeit tierische Produkte leicht anziehen konnten. Die Preise für Textilien sind um 6,6 Prozent gefallen, dagegen konnten Metalle und Holz im Preise leicht anziehen.

Seit dem August 1927 sind die Löhne ständig im Steigen begriffen. Die Erhöhung der Löhne bei einem gleichzeitigen Rückgang der Unterhaltungskosten hat die Lage des polnischen Arbeiters sehr gebessert. Die Arbeitslosenziffern gehen weiter langsam zurück. Die Besserung am Arbeitsmarkt ist keine vorübergehende, sondern eine natürliche, bleibende Erscheinung.

Der polnische Aussenhandel hat im dritten Quartal eine Verringerung der Einfuhr aufzuweisen, während die Ausfuhr fast unverändert geblieben ist. Der Ueberschuss der Einfuhr über die Ausfuhr betrug in diesem Quartal rund 20 Prozent und ist somit um einiges gefallen. Der Rückgang der Einfuhr ist hauptsächlich auf die Verringerung des Importes von Lebensmitteln im August und September zurückzuführen. Die grösste Rolle spielt hierbei das Getreide. Die Regierung hat somit den Beweis erbracht, dass ihre Versorgungspolitik auf gesünderen Füssen steht, als in den ersten Berichtsabschnitten, wo die übermässige Getreideausfuhr später eine teurere Getreideeinfuhr auf Kosten der Zahlungsbilanz zur Folge hatte. Die Maschineneinfuhr wird immer noch in grossem Masstabe betrieben, ihr Wert ist in den ersten 8 Monaten des Jahres 1928 im Vergleich zu derselben Zeit im Jahre 1927 um mehr als 70 Prozent gestiegen. Der polnische Aussenhandel arbeitet schon seit mehr als einem Jahre mit Defizit, doch ist bei einer Analyse der ausländischen Einkäufe festzustellen, dass der grösste Teil der Waren zur Beibehaltung des staunenswerten Fortschritts im ganzen Lande unentbehrlich ist. Dieser Fortschritt besteht schon seit mehr als zwei Jahren. Augenblicklich haben Auslandsanleihen, Waren- und Bankkredite, sowie andere nicht feststellbare Positionen das Defizit der Handelsbilanz fast vollkommen gedeckt. Auch den Devisenbeständen und Reserven der Bank ist keine grosse Schwächung anzusehen. Noch am 30. September betrug der Wert der Gold- und ausländischen Devisenvorräte 1 269 590 000 zł, also mehr als 90 Prozent der Bestände im Oktober 1927, als die Stabilisierungsanleihe das erste Mal zu den Beständen zugerechnet wurde.

Märkte.

Getreide. Posen, 21. November. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Richtpreise:

Weizen	43.00—44.00
Roggen	34.50—35.00
Weizenmehl (65%) m. Sack	62.50—66.50
Roggenmehl (70%) m. Sack	48.50
Hafer	31.75—32.75
Braugerste	35.50—37.50
Mahlgerste	33.50—34.50
Weizenkleie	26.50—27.50
Roggenkleie	26.00—27.00
Felderbsen	45.00—48.00
Viktoriaerbsen	65.00—70.00
Folgererbsen	59.00—64.00
Speisekartoffeln	—.—
Fabrikkartoffeln 18%	5.90—6.20
Roggenstroh, gepreßt	5.70—6.00
Heu, lose	14.00—15.50
über Notiz	15.50—17.00
Heu, gepreßt, über Notiz	17.00—19.00

Gesamttendenz: ruhig.

Warschau, 20. November. Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg franko Warschau im Markthandel: Roggen 36.50—37, Kongressweizen 47—47.50, Braugerste 36.50—37, Grützgerste 34.50 bis 35, Einheitshafer 36.50—37, Leinkuchen 51—51.50, Rapskuchen 43—44, Roggenkleie 27—28, Weizenkleie 27—28, Weizenmehl 65proz. 74—76, Roggenmehl 70proz. 49—50. Stimmung ruhig, Umsatz durchschnittlich.

Lemberg, 20. November. Notierungen loko Podwoloczyska im Markthandel: Kleinpoln. Hafer 30.50 bis 31.50, Roggenkleie 24.25—24.75, Weizenkleie 24.25 bis 25.25, blauer Mohn 115—125. Börsenpreise: Industriekartoffeln 5—5.50, weisse Bohnen 75—100. Tendenz uneinheitlich, Stimmung ruhig.

Bromberg, 20. November. Weizen 41—42, Roggen 32—33, Futtergerste 33—34, Braugerste 36 bis 37, Felderbsen 46—49, Viktoriaerbsen 64—70, Hafer 32—32.60, Roggenkleie 27.50, Weizenkleie 28.50. Tendenz schwach.

Krakau, 20. November. Domänenweizen 49—50, Inlandsweizen 48—48.50, Handelsweizen 47—47.50, Domänenroggen 37—38, Handelsroggen 36—37, Domänenhafer 37—38, Handelshafer 36—37, Braugerste 39—41, Futtergerste 32—34, Speisekartoffeln 7—8, Brennereikartoffeln 6.50—7.50, Krakauer Weizenmehl 65proz. 75—77, Kongress-Weizenmehl 65proz. 73—74, Krakauer Roggenmehl 70proz. 51—52, Posener Roggenmehl 70proz. 53—53.50. Tendenz behauptet.

Kattowitz, 20. November. Export- und Inlandsweizen 44—45, Exportroggen 40—41, Inlandsroggen 36—37, Exporthafer 41—42, Inlandshafer 36.50 bis 37.50, Exportgerste 47—49, Inlandsgerste 40—41. Franko Empfangsstation: Leinkuchen 54—55, Sonnenblumenkuchen 49—50, Weizen- und Roggenkleie 30 bis 31, Heu 27—28, Stroh 9—10.

Wilna, 20. November. Notierungen für 100 kg im Waggonhandel franko Wilna: Roggen 39, Sammelhafer 30—32, Braugerste 36, Grützgerste 30—32, Weizenkleie 30, Roggenkleie 27—28, Kleie- und Oelkuchen 50—51. Tendenz ruhig.

Lublin, 20. November. Das Lubliner Getreidesyndikat notiert: Roggen 35.25, Weizen 45.50, Gerste 34—36, Hafer 34.50. Tendenz behauptet.

Vieh und Fleisch. Warschau, 20. November. Am heutigen Rindermarkt gestalteten sich die Preise schwächer, die Kauflust war verhältnismässig klein. Der Rinder- und Kälberauftrieb in Höhe von zusammen 600 Tieren haben zur Deckung des laufenden Bedarfs vollkommen ausgereicht. Gezahlt wurde für 1 kg Lebendgewicht franko Warschau: Rinder 1.10—1.50, Kälber 1.80—2.20—2.10, Schweine 2—2.40 zł bei einem Auftrieb von rund 950 Stück. Für den Kleinhandel wurden vom Regierungskommissar folgende Preise für 1 kg festgesetzt: Rindfleisch 3.25, Kalbfleisch 3.35, Schweinefleisch 3.40, frischer Speck 3.70, Schmalz 4.50, geräucherte Seiten 4.80.

(Schlusskurse.) Posener Börse.

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %:	21. 11.	20. 11.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.)	66.00G	66.00G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligationen der Stadt Posen (100 G.-zl)	—	
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	95.00G	95.00G
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (10 zł)	50.25G	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posner Ldsch. (1 D-Zentner)	—	—
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp.	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	99.00G	101.00B

Tendenz: behauptet.

Industrieaktien.

	21. 11.	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Bk. Kw., Pot.	—	—	Hurt. Skor.	—	—
Bk. Przemył.	—	—	Herzf.-Viktor.	53.00G	52.50G
Bk.Zw.Sp Zar.	83.00B	83.00B	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P.Bk. Ziemian	—	—	Dr.RomanMay	115.50G	—
Bk. Stadthag.	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	12.00G	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Pap. Bydg.	85.00G	85.00G
Browar Krot.	—	—	Piechcin	—	—
Brzeski-Auto	—	—	Płótno	—	—
Cegielski H.	44.00G	44.00G	P.Sp.Drzewna	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór.	—	—	Unja	—	—
Gukr. Zduny	—	—	Wytw. Chem.	80.00G	—
Goplana	—	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Gródek Elekt.	—	—	Zar	—	—
Hartwig C.	41.00G	41.00G	Zw. Ctr. Masz.	—	—
H. Kantorow.	—	—	Sp. Stolarska	—	—

Tendenz: behauptet.

G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft * = ohne Ums

Warschauer Börse.

Fest verzinsliche Werte.

	21. 11	20. 11.
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	98.00	101.00
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	67.00	67.00
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	—	85.50
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	102.50	102.50
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	60.00	60.00

Industrieaktien.

	21. 11.	20. 11.		21. 11	20. 11
Bank Polski	174.50	174.00	Nafta	—	—
Bank Dyskont.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Nobel-Stand.	25.75	26.00
Bk. Zachodni	—	—	Cegielski	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	+	80.00	Fitzner	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	36.50	37.90
Puis	—	—	Modrzejów	—	34.00
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Zgierz	—	—	Ostrowieckie	—	104.50
Elektr. Dąbr.	88.00	—	Parowozy	—	29.50
Elektryczność	—	—	Pocisk	—	5.50
P. Tow. Elekt.	—	—	Rohn	—	—
Starachowice	41.25	42.00	Rudzki	40.00	—
Brown Bovery	—	—	Stąporków	—	—
Kabel	—	—	Ursus	—	—
Siła i Sw. 2. Em.	107.00	—	Zieleniewski	—	—
Chodorów	215.00	—	Zawiercie	17.90	+
Czersk	—	—	Żyrardów	—	—
Częstocice	50.00	50.00	Borkowski	15.00	15.00
Goslawice	—	—	Br. Jabłkow.	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	212.00
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley o. Coup.	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—
Węgiel	94.00	94.00	Lombard	—	—

Tendenz: etwas schwächer.

Amtliche Devisenkurse.

	21. 11. Geld	21. 11. Brief	20. 11. Geld	20. 11. Brief
Amsterdam	357.20	359.00	357.00	359.00
Berlin*)	—	—	212.26	212.68
Brüssel	—	—	123.61	124.23
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.14	43.36	43.14	43.355
New York	8.88	8.92	8.88	8.92
Paris	34.76	34.94	34.76	34.94
Prag	26.36	26.48	26.36	26.48
Rom	46.61	46.84	—	—
Stockholm	—	—	237.80	239.00
Wien	125.02	125.64	125.00	125.62
Zürich	171.25	172.11	171.26	172.12

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: unverändert.

Der Złoty am 20. November 1928: Zürich 58.25, London 43.25, New York 11.25, Riga 58.75, Bukarest 18.27, Budapest (Noten) 64.10—64.40, Prag 377.75, Mailand 214.50, Wien 79.91.

Die Berliner Börsennachrichten fallen heute des Buß- und Bettages wegen aus.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Immer wieder Oberschlesien.

Das Programm der 53. Tagung des Völkerbundsrates.

Genf, 20. November.

Obwohl zunächst nur die vorläufige Tagesordnung der am 10. Dezember unter dem Vorsitz des Vertreters Frankreichs beginnenden 53. Tagung des Völkerbundsrates vorliegt und die wichtigsten Punkte der endgültigen Tagesordnung gewohnheitsmäßig erst in den letzten Tagen auf das Arbeitsprogramm gesetzt werden durften, so scheint es doch angebracht, jetzt schon in großen Zügen auf die Tagesordnung einzugehen, zumal eine Reihe von Problemen in der letzten Zeit fast ununterbrochen aktuell gewesen sind und wenigstens ungefähr auf die Lage hinweisen, in der sich Genf ihnen gegenüber in den Dezembertagen befinden wird. Auch diesmal kehren viele Fragen wieder, die auf der letzten Tagung und zum Teil auch noch früher auf dem Arbeitsplan des Völkerbundsrates erschienen sind. Insgesamt weist bereits das vorläufige Arbeitsprogramm nicht weniger als 28 Punkte auf, von denen aber die Mehrzahl nur technische und finanzielle Fragen des Rates betreffen.

Einige Punkte der Tagung haben auch diesmal überragende Bedeutung, da der Rat sich mit ihnen schon des öfteren beschäftigte, ohne bisher zu einem endgültigen und befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Der ungarisch-rumänische Optantenstreit wird dabei vielleicht diesmal zu keinen größeren Auseinandersetzungen führen, vorausgesetzt, daß die jetzt angesetzten direkten Verhandlungen zwischen der ungarischen und der rumänischen Regierung zu einem positiven Ergebnis führen. Wenn demnach der Berichterstatter, das neue spanische Ratsmitglied Quinones de Leon, in diesem Falle eine leichtere Aufgabe zu lösen hat, so dürfte sein Bericht über den Ausgang der zweiten polnisch-litauischen Konferenz in Königsberg größere Schwierigkeiten bereiten. Hier ist es außerordentlich schwer, zu einer klaren Lösung zu kommen. Es läßt sich nicht voraussehen, zu welchen Beschlüssen der Rat in dieser Frage kommen wird. Jedenfalls ist die Lösung dieses Problems schon deshalb besonders dringlich geworden, weil einige der Anliegerstaaten, besonders Lettland, von dem Konflikt indirekt in Mitleidenschaft gezogen werden und mit Unruhe den weiteren Gang der Verhandlungen zu verfolgen beginnen.

Der Rat wird sich auch diesmal mit dem Abrüstungsproblem beschäftigen. Der unter dem Vorsitz des Grafen Bernstorff arbeitende Sonderausschuß tritt einige Tage vor der Eröffnung der Ratstagung zusammen, um nochmals den Versuch zu unternehmen, die auseinandergehenden Rüstungsindustrien unter einen Hut zu bringen, damit dem Rate endlich der schon seit langem erwartete Bericht über dieses Problem vorgelegt werden kann. Die Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß es einige Staaten ablehnen, die staatlichen Rüstungsindustrien mit unter die Kontrolle einzubeziehen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung betreffen wieder eine Reihe von deutschen Minderheitsbeschwerden aus Oberschlesien, ferner die Aenderung der Satzung des Haager Internationalen Gerichtshofes und schließlich die Ernennung der Präsidenten der vier Investigationsausschüsse, wobei es sich aber lediglich um eine verwaltungsmäßige Aufgabe handelt. Die Frage der Herabsetzung der Zahl der Ratstagungen dürfte allem Anscheine nach auf dieser Tagung nicht zur Verhandlung kommen, man wird sie vielmehr auf die erste Tagung des neuen Jahres verschieben. Endlich hat der Rat nach dem Inkrafttreten der Genfer Opiumkonvention von 1925 die Ernennung des Zentralausschusses zu vollziehen, der aus acht Sachverständigen bestehen soll. Deutschland hat seinerzeit die Ratifizierung der Konvention davon abhängig gemacht, daß es einen Sitz in diesem Zentralausschuß bekomme. Es ist anzunehmen, daß dies auch geschehen wird, so daß der Ratifikation des Abkommens durch Deutschland kein Hindernis mehr im Wege steht.

Die kommende Genfer Ratstagung hat also jedenfalls ein reiches Arbeitsprogramm zu bewältigen. Wenn es sich auch noch nicht voraussehen läßt, zu welchem Entscheid der Rat in den einzelnen Punkten kommen wird, so dürfte Genf doch auch diesmal die wichtige Gelegenheit zu einer direkten Fühlungnahme der Vertreter der einzelnen Staaten geben, womit wieder eine nicht zu unterschätzende Bedeutung von Genf in Erscheinung treten wird.

Aus der Republik Polen.

Die Steuerpläne.

Posen, 21. November. Der „Kurjer Poznański“ nimmt an, daß die Erledigung der Steuervorlagen der Regierung mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden sein werde. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Sejm werde die Vermögenssteuer noch am leichtesten durch das Nadelöhr hindurchgehen, obwohl festgestellt werden müsse, daß ihre Sätze, die 4 bzw. 5 pro Mille des Schätzungswertes betragen, sehr beträchtlich seien! Große Aussichten habe ferner die Umsatzsteuer, für deren Herabsetzung als Mittel gegen die Teuerung sich auch die Linke erklären könne. Es scheine aber, daß der Antrag der Nationalpartei, der die Sätze im Großhandel auf ½ Prozent und im Kleinverkauf auf 1 Prozent definitiv festlegt, größere Aussichten auf Annahme habe, als der Regierungsantrag, der in dieser Angelegenheit dem Finanzminister gänzliche Vollmacht gibt, von der der Minister wird Gebrauch machen können, ohne daß eben ein Zwang besteht. Schlimmer stünde es mit den beiden übrigen Steuern, der Boden- und der Hauszinssteuer. Ueber das Schicksal der ersteren würden die Stimmen der Sozialisten entscheiden, die im gegenwärtigen Sejm nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern verträten und schon einmal gemeinsam mit den Bauernparteien in erster Lesung die von der Regierung gewollte 100prozentige Erhöhung dieser Steuer ablehnten. Ganz unpopulär sei ferner die erhebliche Erhöhung der Hauszinssteuer, und zwar im Hinblick auf die vornehmliche Belastung der schlecht besoldeten Beamtenintelligenz und der physischen Arbeiter, als auch wegen der kein Vertrauen erweckenden Baupolitik der Bank Gospodarstwa Krajowego und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Bekanntlich sei diese Steuer zum Teil für die Städte und zum andern Teil für Bauzwecke bestimmt, und die Erhöhung solle nur den zweiten Teil betreffen, während die 4 Prozent für die Städte unverändert blieben.

Ein Wahlfazit.

Warschau, 21. November. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Sosnowiec und in Dąbrowa Górnicza, sowie die Krankenkassenwahlen in Lemberg werden von den in Betracht kommenden Parteien entsprechend ausgeschlachtet. So weist z. B. der „Kurjer Poznański“ darauf hin, daß der Regierungsblock im Vergleich zu den Märzwahlen zum Sejm eine völlige Niederlage erlitten habe. In Sosnowiec hätte er kaum ein Drittel der im März erlangten Stimmen erzielt, und in Dąbrowa Górnicza sei die Zahl der Anhänger um 1500 Stimmen zurückgegangen. Die nationalen Parteien dagegen hätten ihren Besitzstand erhöht. Der „Robotnik“ stellt einen Zuwachs der sozialistischen Stimmen in Dąbrowa Górnicza und Lemberg fest. Dabei sieht er sich gezwungen, gegen die Informationen der Polnischen Telegraphenagentur zu protestieren. Diese amtliche Agentur habe in gnädiger Weise „berechnet“, daß die Kommunisten in Sosnowiec etwa 5000 Stimmen auf die Liste der P. P. S. abgegeben hätten. Woher das die „Pat“ bloß wissen könne? Vielleicht habe der Berichterstatter jeden Wähler gefragt, welche Partei er wähle? Das sei eine ganz unsinnige „Denunzierung“, da jeder begreifen werde, daß eine solche „Berechnung“ zu den Unmöglichkeiten gehöre. Freilich spricht der „Robotnik“ selbst mit von einem Anwachsen des sozialistischen Einflusses in Dąbrowa Górnicza und Lemberg, während er Sosnowiec, wo gerade der letzte Kongreß stattgefunden hat, nicht dazu rechnet, obwohl aus seiner eigenen Berechnung ein Stimmenzuwachs von etwa 5000 ersichtlich ist. Die kommunistische Liste wurde in Dąbrowa Górnicza wie in Sosnowiec für ungültig erklärt. An den Krankenkassenwahlen im Lemberg sollen sich kaum 25 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt haben. Die Liste des Ukrainerblocks erzielte dabei 8 Mandate, die P. P. S. 36.

Um den richtigen Namen.

Warschau, 21. November. Der Vorstand der Krakauer Zweigstelle der Liga zur Förderung der Selbstgenügsamkeit in Polen gibt im „Il. Kurj. Codz.“ folgendes bekannt: 1. Wir geben zu, daß der Name „Selbstgenügsamkeit“ mit unseren Zielen nicht in Einklang steht, aber uns von oben aufgedrängt worden ist. Deshalb wird der Vorstand der Krakauer Zweigstelle der Liga demnächst Schritte unternehmen, die zu einer richtigeren Benennung führen sollen. 2. Die letzten Artikel, die in zwei großen Krakauer Blättern erschienen sind, werfen uns vor, daß wir nur den Konsumenten „bearbeiten“ wollten. Das zeugt leider von einer ungenauen Kenntnis unserer Aktion, da wir in der Presse, durch das Radio, in Theatern usw. stets darauf hingewiesen haben, daß zur Entwicklung der einheimischen Produktion vor allen Dingen eine solide Arbeit unserer Unternehmen nötig ist. Ferner werden wir als eine Gruppe von Leuten hingestellt, die leichtsinnig eine völlige wirtschaftliche Abschnürung vom Auslande propagieren. Wir aber betonen immer, daß wir nur den überflüssigen Import von ausländischen Waren bekämpfen, die auch im Inlande hergestellt werden. 4. Wir haben unsere Aktion eingeleitet, um die einheimische Produktion zu unterstützen, sind aber entschiedene Gegner des protektionellen Systems.

Beisetzung.

Posen, 21. November. Gestern wurde hier der in Beuthen an Herzschlag verstorbene Senatspräsident beim Posener Appellationsgericht, Juljusz Kalużniacki, der auch Mitglied des Schiedsgerichtshofes für Oberschlesien in Beuthen war, unter großer Beteiligung beigesetzt. Zur Beisetzung waren u. a. erschienen: Minister Bertoni im Namen der polnischen Regierung, Wojewodschaftsrat Morzycki, ferner der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, der Präsident des Schiedsgerichtshofs für Oberschlesien, Kaeckenbeck mit Gemahlin, der deutsche Schiedsgerichtsvertreter Schneider mit Gemahlin, der deutsche Konsul Illgen aus Beuthen, der Posener Appellationsgerichtspräsident Zakrzewski, der Stadtpräsident Ratajski mit Gemahlin und der deutsche Vizekonsul Schröder.

Paderewski, der Virtuose.

Warschau, 21. November. Wie aus London gemeldet wird, hat Paderewski mit seinem zweiten Konzert dort einen großen Erfolg gefeiert. Unter den Zuhörern, die auf etwa 10 000 geschätzt werden, befand sich der Gesandte Skirmunt und der Innenminister Hicks. Paderewski sei zu 9 Zugaben gezwungen worden.

Die Eröffnung des Instituts für Konjunktur-Wirtschafts-Preisforschungen.

Mit der Einrichtung dieses Instituts in Warschau ist Polen um einen Schritt weiter in die westwärts gerichtete Wirtschaftskulturwelt getreten. Und je objektiver, sachlicher — unbeeinflußt von politischen Erwägungen — die Leiter der Abteilungen dieses der Wirtschaftsforschung dienenden Instituts ihre Arbeit tun werden, um so segensreicher wird der Erfolg für Polen sein. Denn nichts ist verhängnisvoller, als wenn der Vertreter der Wirtschaftswissenschaften — der Nationalökonomie schlechthin, wie wir Deutsche sagen — seine wissenschaftliche Einsicht politischen Einflüssen opfert.

In der Einweihungsrede sprach der Handelsminister Kwiatkowski über Aufgaben und Ziele des neuen Instituts. Er hob hervor, daß der Erfolg einer gewissen Planwirtschaft im Staate an die Kenntnis jener Gesetzmäßigkeiten gebunden sei, denen das Wirtschaftsleben unterliegt. Diese Erkenntnis zu fördern, sie zu vertiefen: dazu sei das neue Institut berufen. Am Schluß seiner Ausführungen dankte der Minister dem Leiter des Forschungsinstituts, Prof. Lipiński, für die bisher geleistete Arbeit.

Nach dem Minister sprach der Direktor des Statistischen Hauptamtes, Prof. Buzek. Seiner Meinung nach habe das Institut zwei Hauptaufgaben zu lösen: es habe Gutachten über das Wirtschaftsleben und die Fülle seiner Erscheinungen abzugeben, andererseits müsse es aber auch in manchen Fragen die Initiative ergreifen. In diesem Sinne habe es wohl auch für die Enquete-Kommission gearbeitet.

In seiner Schlußrede betonte Direktor Prof. Dr. Lipiński, daß nicht nur die Volkswirtschaft, sondern auch die Privatwirtschaft reichlichen Nutzen aus den Arbeiten des Instituts ziehen könne. Besondere Bedeutung besäßen die Arbeiten über Rationalisierung der Wirtschaft, über die Zweckmäßigkeit bestimmter technischer Einrichtungen in den Betrieben, Organisationsfragen und Untersuchungen des Verkehrswesens.

Gegenwärtig bearbeite die Sektion für Preisforschung die Lage der Zuckerindustrie unter dem Gesichtspunkte ihres rationellen Aufbaus und die Ursachen ihres teilweis unrationellen Verfahrens.

Die nächste Arbeit wird eine Untersuchung über die Lage des Binnenhandels zum Gegenstande haben.

Dann folgt eine Arbeit über den Stand des Kartellwesens in Polen.

Bei einer solchen Aufgabenstellung kann man den Arbeiten nur den besten Erfolg wünschen. —xy.

Tirols Dank.

Innsbruck, 20. November.

Im großen Saal der Hofburg fand heute im Anschluß an die Inauguration des neugewählten Rektors der Innsbrucker Universität Professor Dr. Wopfner die Promotion des österreichischen Bundespräsidenten Dr. Hainisch, des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des deutschen Generalkonsuls in Innsbruck, Geheimrat Dr. Saller, zu Ehrendoktoren der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Innsbrucker Universität statt.

Zu der Feier waren außer den Genannten u. a. erschienen Vertreter der österreichischen Regierung, Landeshauptmann Dr. Stumpf mit der Tiroler Landesregierung und den Spitzen der Tiroler zivilen, militärischen und geistlichen Behörden, sowie zahlreiche Vertreter der Tiroler Kunst, Wissenschaft und Industrie. Aus Bayern waren erschienen mehrere Mitglieder des Staatsministeriums; Landtagspräsident Königbauer, der Vertreter der Reichsregierung in München, Gesandter Haniel von Haimhausen und der preußische Gesandte in München, Dr. Denk. In Vertretung des Berliner Auswärtigen Amtes wohnte Gesandter Erythropel der Feier bei. Anwesend waren ferner der Präsident der deutschen Akademie in München, Oskar von Miller und die Rektoren der Münchener Hochschulen und der Universitäten Würzburg und Erlangen, sowie führende Persönlichkeiten der Wissenschaft, Kunst, Industrie und Handel aus dem Deutschen Reich und vor allem aus Bayern.

Der neue Rektor übernahm darauf sein Amt und würdigte ausführlich die Verdienste der drei zu Ehrendoktoren Ernannten. Ministerpräsident Dr. Held habe das Ehrendoktorat als Verfasser bedeutender politischer Schriften und in Anerkennung seines warmen Interesses für Tirol und insbesondere für Südtirol erhalten, sowie für die Pflege freundnachbarlicher Beziehungen und im Hinblick auf sein Verständnis für die Aufgaben der Universität Innsbruck. Generalkonsul Saller erhalte die Würde eines Ehrendoktors in Anerkennung seiner erfolgreichen Bemühungen, die Beziehungen Tirols zum Deutschen Reich zu fördern und für seine verständnisvolle Würdigung der nationalen Aufgaben Tirols.

Nach der Uebergabe der Doktordiplome ergriff zunächst Bundespräsident Dr. Hainisch das Wort, um für die ihm zuteil gewordene Ehrung zu danken. Er wies auf die Aenderung der ganzen Lage Europas durch den Weltkrieg hin und sagte, es sei zu wünschen, daß die Männer der Wissenschaft sich mehr den Tagesfragen zuwenden, von deren Lösung nicht nur unsere Zukunft, sondern sogar unsere Existenz abhänge. Darauf stattete Ministerpräsident Dr. Held in besonders herzlichen Worten seinen Dank dafür ab, daß die Innsbrucker Universität das Nachbarland Bayern, das völkisch und geschichtlich so eng mit Tirol verbunden sei, in seiner Person habe ehren und auszeichnen wollen. Generalkonsul Geheimrat Saller verwies darauf, daß die Universität Innsbruck seit dem Kriege für das Gesamtdeutschtum eine erhöhte Bedeutung gewonnen habe und daß die ständig wachsende Hörerschaft sich beinahe schon zur Hälfte aus deutschen Reichsangehörigen zusammensetze. Innsbruck sei in den Ring der grenzdeutschen Städte eingetreten, denen die Aufgabe zufällt, wachsame Vorposten deutscher Kultur und deutscher Wissenschaft zu sein.

Im Anschluß an die Feier gab Bundespräsident Dr. Hainisch ein Festessen. Abends findet ein vom Ministerpräsident Dr. Held und Generalkonsul Dr. Saller gemeinsam veranstaltetes Bankett statt. Der Bundespräsident trat bereits im Laufe des Nachmittags die Rückreise nach Wien an.

Nach einer Unterbrechung der Vermittlungsverhandlungen.

Berlin, 21. November. (R.). Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Duisburg, fand eine längere Besprechung der Unterhändler und Funktionäre der freien Gewerkschaften statt, die sich mit der durch die Unterbrechung der Vermittlungsverhandlungen geschaffenen Lage beschäftigten. Für den Fall, daß das Urteil des Reichsarbeitsgerichts ungünstig für die Arbeiter ausfallen sollte, würde man auf einem neuen Schiedsspruch bestehen. Bis zu seinem Abschluß soll der alte Schiedsspruch gelten. Die Gewerkschaften bestehen auf alle Fälle auf Anerkennung des für verbindlich erklärten Schiedsspruches.

Geschlossenheit der Gewerkschaften.

Berlin, 21. November. (R.) Einer Meldung des „Vorwärts“ aus Bochum zufolge, wird von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt, daß in Kreisen der Metallarbeiterverbände die Veröffentlichung der Darlegungen des Arbeitgeberverbandes über den bisherigen Verlauf der Duisburger Vermittelungsaktion großes Befremden hervorgerufen hat. Die drei Metallarbeiterverbände werden in einer gemeinsamen Sitzung zu der neuen Lage Stellung nehmen. Von gewerkschaftlicher Seite wird betont, daß entgegen anders lautender Gerüchte, die Geschlossenheit der Metallarbeiterverbände nach wie vor vollkommen sei.

Aus Kirche und Welt.

In Kolberg wurde ein stattlicher Erweiterungsbau des bekannten christlichen Kurhospitals und der Kinderheilstätte „Siloa“ eingeweiht. Der Bau soll in erster Linie dem verarmten Mittelstande dienen. 300 Kinder und 100 Erwachsene können jetzt gleichzeitig aufgenommen und individuell behandelt werden.

*

In Palästina haben die Mohammedaner die höchste Geburtsrate aufzuweisen: auf 10 000 Bewohner 561 Kinder, die Christen 389 und die Juden 351.

*

Die Rockefeller-Stiftung hat kürzlich der Cambridge-Universität ein Angebot von 700 000 Pfund Sterling (etwa 3,5 Millionen Dollar) gemacht. Dieses Geld ist für die Entwicklung der physikalischen und biologischen Studien sowie einer neuen Bibliothek bestimmt worden.

Die letzten Telegramme.

Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.

Berlin, 20. November. (R. — Privatmeldung.) **Entgegen einer Pressenotiz sind die Besprechungen im Reichskabinett und in den Reichsressorts über die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen noch nicht abgeschlossen.**

Rückkehr Chamberlains nach London

London, 21. November. (R.) „Times“ zufolge wird Chamberlain Ende der Woche in London eintreffen und, wie verlautet, seine Arbeit auf dem Foreign Office am Montag wieder aufnehmen. Man nimmt an, daß er an der Sitzung des Völkerbundrats teilnehmen wird, die am 10. Dezember beginnt.

Ankunft des Generalsekretärs des Völkerbundes in Warschau.

Warschau, 21. November. (R.) Gestern abend ist hier der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, eingetroffen.

Ein griechischer Dampfer in Seenot auf dem Atlantik.

Lissabon, 21. November. (R.) Ein griechischer Dampfer treibt mit gebrochenem Steuer auf der Höhe des Leuchtturms von Ribeirinka auf der Azoreninsel Fayal. Ein Schlepper ist zur Hilfeleistung abgegangen.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: **Johannes Senftleben.** Für Handel und Wirtschaft: **Guido Baehr.** Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichtssaal u. Briefkasten: **Rudolf Herbrechtsmeyer** Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: **Johannes Senftleben.** Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Margarete Wagner,** Kosmos Sp. z o. o. Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Aus der Wojewodschaft Pommerellen.

* **Graudenz**, 20. November. Zu dem Massenausbruch der 17 Sträflinge aus dem hiesigen Zuchthaus ist noch folgendes mitzuteilen: Die Flucht wurde in nachstehender Weise organisiert: Seit einigen Wochen waren in der Wäscherei etwa 20 Gefangene beschäftigt, darunter ein Warschauer Geldschrankknacker, der der Urheber und Hauptveranstalter des Ausbruchs ist. Den Umstand ausnutzend, daß der Aufseher auch in der im ersten Stock sich befindenden Werkstatt zu tun hat, rissen sie das Schloß von der Bedeckung des Brunnen-(Pumpen-)Schachtes ab. Ein Gefangener stieg mit Gerätschaften (Eisenstab usw.), die er von in der Schmiede beschäftigten Sträflingen erhalten hatte, in den Schacht und begann, nachdem er die Brunnenummauerung durchschlagen hatte, mit dem Ausgraben des Tunnels. Der Deckel des Schachtes wurde dann wieder aufgelegt und das alte Schloß ebenfalls wieder befestigt. Diese Arbeit dauerte etwa 6—8 Wochen, wobei die Gefangenen abwechselnd daran tätig waren. Die ausgeschachtete Erde wurde teils in den Brunnen geworfen, teils im Seifenkanal fortgespült. Den Gang begann man in der Richtung der hohen Mauer, die von dem Waschhause etwa 10—12 Meter entfernt ist. Außerhalb der Mauer ist ein Garten und sodann der Hof des Hauses Gartenstraße Nr. 15. Mit außerordentlicher Gewandtheit, Vorsicht und Schlauheit sind die Gefangenen zu Werke gegangen, ohne den geringsten Verdacht zu erregen. Sonnabend nachmittag war der Tunnel fertig, und es blieb nur eine letzte Schicht Erde zu entfernen, um sich auf die Erdoberfläche zu begeben. Man beschloß nun, die Flucht gegen 5 Uhr, wenn die Arbeit gewöhnlich beendet ist, auszuführen. Einige Minuten vor 5 Uhr flüchteten denn auch die Gefangenen, indem sie die Abwesenheit des Aufsehers ausnutzten. Einer nach dem andern stieg in die Tunnelöffnung. Der unterirdische Gang ist tatsächlich ein Meisterwerk; er besitzt etwa 12 Meter Länge und 52 Zentimeter Breite, und läuft schräg von ca. 4 Meter Tiefe beim Anfang bis zu 2 Meter am Ausgang. — Nachdem die letzte Schicht Erde entfernt worden war, entstiegen die Flüchtlinge der Reihe nach dem Innern und befanden sich in einem kleinen, mit Draht eingefriedigten Garten, überschritten dann den Hof des Hauses Gartenstraße 15 und gelangten durch den Korridor dieses Gebäudes in die Gartenstraße, von wo sie in Gruppen zu zwei und vier in verschiedene Richtungen weiter flohen. Auch durch Hof und Torausgang des Nachbargrundstücks eilte ein Teil der Flüchtlinge. Eine Augenzeugin hat erzählt, sie habe von ihrem Fenster aus beobachtet, wie die Gefangenen der Erde entstiegen, wobei einer dem andern half. Sie habe dann die Hausnachbarn alarmiert; aber inzwischen seien die Sträflinge bereits fort gewesen. Ein zufällig im gleichen Hause weilender Chauffeur namens Nowak versuchte die durch den Hausflur laufenden Ausbrecher aufzuhalten, diese aber kehrten um und entkamen durch das offenstehende Hoftor. Sofort nach Bekanntwerden der Flucht begann die Verfolgung. Ein Geflüchteter wurde bereits nach einigen Minuten bei der Post, ein zweiter von einem Aufseher der Strafanstalt noch in der Gartenstraße und ein dritter nach zwei Stunden ebenfalls von einem Aufseher in Kl. Tarpen festgenommen. Von der Flucht sind außer den Polizeiposten im Inlande übrigens auch die Ortschaften jenseits der deutschen Grenze benachrichtigt worden. Mit Hilfe der Gendarmerie veranstaltet die Polizei z. Zt. überall Streifen, um der geflüchteten 14 Strafanstaltsinsassen habhaft zu werden; die Behörde rechnet hierbei auf die eifrige Mitwirkung der Bevölkerung, insbesondere um Mitteilung zweckdienlicher Einzelheiten.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen**, 20. November. Wegen Einbruchs in den Kiosk am Hauptbahnhofe des Stanislaw Mechlinski, wobei er Waren im Werte von 13000 Złoty stahl, verurteilte die Strafkammer den Täter Waclaw Kossakowski zu 2 Jahren Zuchthaus, 2 Jahren Haft und 5jährigem Ehrverlust.

* **Thorn**, 19. November. Ein leichtfertiger Chauffeur wurde von der Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte auf der Eisenbahnbrücke mit seinem Lastauto einen sechzigjährigen Mann überfahren, der kurze Zeit darauf seinen Verletzungen erlag. — Wegen falscher Aussage an Eidesstatt in betrunkenem Zustande wurde Franz Sundowski zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Die 58jährige Frau Mylke aus Luben hatte von einer Diebesbande Mehl in größeren Mengen gekauft und dieses mit Verdienst weiter verkauft, trotzdem sie wußte, daß es Diebesgut war. Sie wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

(Schluß des redaktionellen Teils.)